

**GERECHT
GEHT *ANDERS***



**5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM!
BESCHLOSSENE ANTRÄGE!**

INHALT

Gerecht geht anders!	3
Die Antwort ist Antifaschismus!.....	3
Geschlechtergerechtigkeit!.....	4
Homosexuell? Na und!	6
Gewalt an/gegen Frauen.....	7
Asyl & Bleiberecht	8
Integration	9
Steuern & Abgaben	9
Kapitalismus	10
Umwelt.....	11
Mindestlöhne/Mindestgehälter.....	13
Gerecht geht anders - Vor allem in der Lehre!	14
Berufsorientierung!	15
Ausbildung der AusbilderInnen!	16
Berufsschule!	17
Lehrstellenförderung!.....	19
Gerecht geht anders - Vor allem in der Schule!	22
Schule	22
Unterricht.....	23
Mobbing	24
Mitsprache.....	25
Gerecht geht anders - Auf der Unil	26
Freier und uneingeschränkter Hochschulzugang	26
Bologna BA/MA/PhD und die Ausgestaltung des Studiums	28
Demokratische Bestimmung.....	30
Sensibilität in der Sprache Für ein besseres Miteinander!	31
Baustelle Bildung!	32
Für eine nachhaltige Energieversorgung!	34
Vertretungsorgan für die Lehre mit Matura Schülerinnen!	35
Urlaubsanspruch & -geld für Zivil- & Präsenzdienert!	36
Dienstfreistellung für Mitglieder von freiwilligen	
Blaulichtorganisationen im Unglücksfall!	37
Verstärkte Förderung von Menschen mit Behinderung!	38
Verlängerung der Pflegefreistellung!	39
Umbenennung von Strassen-, Gassen-, Platznamen bzw. Gebäuden und	
Einrichtungen die nach NS-Verbrecherinnen benannt sind!	40
Anerkennung der Berufsreifepfprüfung!	41
Jung und Gsund!	42
Zukunft mit Hindernissen! Übergang für junge engagierte	
FunktionärInnen innerhalb der Gewerkschaft!	44
Nein zur Diktatur der Banken!	45
Rechte Politik ist Menschenfeindlich!	46
Bildungsdokumentationsgesetz!	47
Leistbares Wohnen	49
Familienbeihilfe - wo ist die Hilfe?	50
NO WKR	52
Solidarität mit den ArbeiterInnen in Kasachstan	53

GERECHT GEHT ANDERS!

Schon lange leben wir in einem kapitalistischen System, welches weltweit agiert und somit auch seine Spuren hinterlässt. Daraus ergibt sich, dass die Armen immer ärmer werden und die Reichen hingegen ihren Gewinn auf Kosten der Gesellschaft maximieren und dadurch auch immer reicher werden. Auch aus der Wirtschaftskrise haben wir nichts gelernt, immer noch glauben wir die Märchen die uns erzählt werden und nehmen bereitwillig jede Schuld und dadurch auch jede Steuerlast auf uns. Die erhoffte Trendumkehr ist also ausgeblieben. Das Kapital nutzt die Hilflosigkeit der politischen Elite und bringt diese mittels Lobbyismus und gar Erpressung dazu gegen die eigene Bevölkerung zu agieren und dies als „Notwendigkeit“ auszugeben. Wenn man uns mit vermeintlich klugen Sätzen wie „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt!“ angeblich dazu bringen will, Staatshaushalte zu sanieren oder den viel zitierten Mittelstand zu entlasten, dann wird damit in Wahrheit ein ganz anderes Ziel verfolgt: Die Umverteilung von Arm zu Reich, von Unten nach Oben.

Wir müssen uns klar machen, dass wenn von den so genannten „LeistungsträgerInnen der Gesellschaft“ gesprochen wird, damit seitens der Politik, in den seltensten Fällen, die arbeitenden Menschen in diesem Land gemeint sind, die tagtäglich ihre Arbeitsleistung verkaufen müssen um sich selbst und ihre Familie ernähren zu können. Es geht vielmehr darum der politischen Klientel der kapitalhörigen Parteien mehr und mehr Geld in den Rachen zu werfen. Daher ist ein Systemwechsel unausweichlich und unbedingt erforderlich! Als GPA-djp Jugend verstehen wir uns vor allem als demokratische Organisation, die offensiv gegen jede Form der Diskriminierung auftritt und in der kein Platz ist für beispielsweise Sexismus, Rassismus, Faschismus, Homophobie und Transphobie. Gerade in Zeiten, in denen die rechtsextremen Organisationen und Parteien und hier im speziellen die FPÖ, massive Zugewinne und den Applaus der Bevölkerung erhält, ist es notwendig einen anderen Weg zu gehen und offensiv aufzutreten. In unserer Gesellschaft ist kein Platz für diese Politik!

DIE ANTWORT IST ANTIFASCHISMUS!

Es scheint fast so als wären Rassismus, Faschismus, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Österreich zum Normalzustand geworden. Kaum jemand regt sich noch über die rassistischen Hetzplakate der FPÖ wie „Daham statt Islam“ oder „Unser Land für unsere Leut“ auf. Angriffe auf BesucherInnen der Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Ebensee und antisemitische Schmierereien im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen werden von den politischen Verantwortlichen als „dumme Lausbubenstreiche“ abgetan, AntifaschistInnen werden auf neonazistischen Homepages bedroht und weder die Exekutive noch die politischen VertreterInnen fühlen sich zuständig und teilen lapidar mit, dass man ohnehin nichts machen kann, weil die Server im Ausland liegen würden.

Dieses Land ist sich aber auch nicht zu schade rechtsextreme Organisationen und Parteien wie die Nationale Volkspartei (NVP) oder den Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) mit Subventionen aus der Staatskasse zu finanzieren. Das muss endlich ein Ende haben und alle bislang geleisteten Subventionen sind zurückzubezahlen. Anstelle mit Steuergeldern rechte Propaganda zu unterstützen, sollte dieses für aktive antifaschistische Arbeit verwendet werden.

Aber nicht nur die Geldflüsse müssen gestoppt werden, wir fordern ein Verbot rechtsextremer Organisationen und Parteien, denn die Jugend sagt „NEIN“ zu rassistischen Aussagen, Aktionen und Kampagnen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es uns als junge GewerkschafterInnen ein besonderes Anliegen aktiv gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aufzutreten. Wir engagieren uns aktiv in der antifaschistischen Arbeit und sensibilisieren vor allem die jungen Menschen in diesem Bereich.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Intensive Aufklärungsarbeit zur Thematik Rechtsextremismus, Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Schulunterricht.
- ⇒ Besuch von ehemaligen Konzentrationslagern und Gedenkstätten im Schulunterricht vor der 10. Schulstufe.
- ⇒ Erweiterung der Möglichkeiten der zuständigen Verwaltungsorgane sowie der Exekutive um Zusammenkünfte und das Auftreten von rechtsextremen Gruppierungen zu unterbinden.
- ⇒ Das Verbot der rechtsextremen Nationalen Volkspartei und aller anderen Gruppierungen mit diesem Gedankengut durch das zuständige Bundesministerium für Inneres.
- ⇒ Verbesserte Kontrolle (z.B. Statuten der Parteien und Hintergrund der Parteien sowie deren Publikationen) bei Gründung offensichtlich rechtsextremer Parteien durch das zuständige Bundesministerium für Inneres.
- ⇒ Keine Ausschüttung von Steuergeldern oder sonstigen Fördermitteln an rechtsextreme Parteien und Organisationen.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT!

Frauen verdienen weniger als Männer. Schlecht entlohnte Frauenbranchen, lange Karenzzeiten und Teilzeitarbeit nach dem Wiedereinstieg sind nur einige der Gründe dafür. Auch die so genannte reproduktive Arbeit, wie Hausarbeit, Kinderbetreuung, Alten- und Krankenpflege usw. wird immer noch vorwiegend von Frauen geleistet – meist unbezahlt. Doch anstatt den Sozialstaat auszubauen und all diese, für die Gesellschaft existentiellen, Arbeiten zu vergesellschaften, werden zunehmend Einsparungen gemacht und die Frauen mit dieser Doppel- und Dreifachbelastung alleine gelassen. Gut gemeinte Ratschläge, doch z.B. nicht so lange in Karenz zu bleiben, sondern bald wieder ins Berufsleben zurückzukehren, um irgendwann eine ausreichende Eigenpension zu bekommen, sind mehr als zynisch wenn man bedenkt für wie viele Kinder unter drei Jahren es ganztägige Kinderbetreuungsplätze gibt.

Die Gewerkschaften, deren Aufgabe es sein sollte alle arbeitenden Menschen zu organisieren und für Verbesserungen zu kämpfen, fühlen sich nur für Beschäftigte, die für

ihre Arbeit entlohnt werden, zuständig. Hausfrauen (und -männer), Personen in Karenz, Arbeitslose oder ehrenamtlich Tätige, die unbestritten ganz wichtige Arbeit für die Gesellschaft leisten, werden aber von den Gewerkschaften derzeit nicht vertreten.

Im Zuge der Wirtschaftskrise wurden zahlreiche Arbeitsplätze abgebaut, während gleichzeitig immer mehr Tätigkeiten vom öffentlichen in den „privaten“ Bereich verlagert, Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitstellen oder in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Da bei vielen abgebauten Stellen die Wirtschaftskrise nur als Vorwand diente, ist auch nach Abflauen der Krise zukünftig mit höheren Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie nicht als Relikt vergangener Tage zählen will, muss sich diesen neuen Herausforderungen der Zukunft stellen. Da wir als GPA-djp Jugend diese Zukunft bestreiten werden, müssen wir uns bereits heute diesen Entwicklungen befassen.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Die Inkludierung auch von unbezahlter Arbeit oder Arbeitslosen in den eigenen Zuständigkeitsbereich sowie die Schaffung einer entsprechenden Abteilung innerhalb der GPA-djp, die sich mit diesen neuen Herausforderungen auseinandersetzt. Auf lange Sicht streben wir eine ähnliche Entwicklung auch im ÖGB an.
- ⇒ Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich sowie die Umverteilung der reproduktiven Arbeit (Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege) von Frauen zu Männern. Weiters fordern wir die Bezahlung dieser reproduktiven Arbeit!
- ⇒ Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung ab dem dritten Lebensmonat, die als Teil des Bildungssystems qualitativ hochwertig, ganztätig und auch für sozial Schwächere leistbar sein muss.
- ⇒ Die Betriebe müssen verpflichtet werden, Betriebs- oder Gemeinschaftskindergärten zu schaffen!
- ⇒ Förderung und Kampagnisierung der Väterkarenz. Die Betreuung von Kindern muss partnerschaftlicher zwischen den Eltern verteilt werden als dies derzeit der Fall ist. Auch Kinder von Alleinerzieherinnen müssen das Umgangsrecht mit dem getrennt lebenden Elternteil gerichtlich einklagen können, wie dies auch umgekehrt der Fall ist.
- ⇒ Ausbau der leistbaren Kranken- und Altenpflege. Ältere Menschen, die nach einem langen Arbeitsleben Hilfe und Betreuung benötigen, dürfen nicht allein das Problem der, meist weiblichen, Angehörigen sein, die zumeist selbst, keine einschlägige qualifizierte Ausbildung für diese Tätigkeit haben und oft gezwungen sind ihren Arbeitsplatz aufzugeben.
- ⇒ Ausbau von betreuten Wohngemeinschaften für Personen, die psychisch oder physisch eingeschränkt sind, um grundlegende Dinge, die für die meisten erwachsenen Menschen ganz normal sind, wie z. B. ein gewisses Maß an Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu ermöglichen. Die Lebensqualität dieser Menschen darf nicht alleine die Aufgabe der, meist weiblichen, Angehörigen sein. Ebenso müssen Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl bereitgestellt werden.
- ⇒ Die bessere Anrechnung von Betreuungszeiten für den Pensionsanspruch, die bedeuten jahrelang, gesellschaftlich wichtige Arbeit zu leisten, aber dann selber von Altersarmut betroffen und auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Frauen oder Männer, die ihren Beruf aufgegeben haben, um gemeinsame Kinder groß zu ziehen oder den Haushalt zu führen, müssen im Falle einer Scheidung automatisch die Hälfte der Pensionsansprüche des/der EhepartnerIn erhalten. Eine gleiche gesetzliche Regelung ist für Lebensgemeinschaften zu erwirken.

- ⇒ Die Einrichtung von Großwäschereien und Gemeinschaftsküchen, um berufstätigen Menschen, und hier natürlich ganz besonders Frauen, die wenige Freizeit nicht noch durch Hausarbeit einzuschränken, sind als entsprechende Pilotprojekte zu entwickeln, durchzuführen und nach einem Evaluierungsprozess flächendeckend umzusetzen.
- ⇒ Die Aufstockung der Mindestsicherung auf 1.300 Euro pro Monat/14 mal im Jahr um vor allem Frauen, die überproportional von Armut bedroht sind, eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen.
- ⇒ Anonymisierte Offenlegung von Gehältern in allen Betrieben, um Frauen die Möglichkeit zu geben, ihre Entlohnung mit der von vergleichbar qualifizierten Kollegen vergleichen zu können und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts auszumerzen. Hierzu bedarf es jedoch einer gesetzlichen Verpflichtung der Betriebe anstelle auf die freiwillige Offenlegung zu hoffen. Es braucht aber auch empfindliche Strafen für jene Betriebe, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen!
- ⇒ Verstärkte Zusammenarbeit mit MigrantInnenorganisationen, um der Diskriminierung von MigrantInnen und insbesondere von Frauen mit Migrationshintergrund am Ausbildungs- und Arbeitsplatz entgegenzuwirken.
- ⇒ Verstärkte Sensibilisierung für die Probleme von Transgender-Personen. Da diese oft Opfer von Diskriminierung und Marginalisierung sind, die in keinem Zusammenhang mit ihrer Arbeitsleistung als Beschäftigte stehen, sind Programme und Kampagnen zur Sensibilisierung und Aufklärung von BetriebsrätInnen, JugendvertrauensrätInnen, FunktionärInnen und Mitgliedern durchzuführen.
- ⇒ Die gesetzliche Verankerung eines verpflichtenden Papa-Monats.
- ⇒ Diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung: Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit
- ⇒ Sinnvolle und nachhaltige Förderungsmaßnahmen für WiedereinsteigerInnen und arbeitslose Frauen.
- ⇒ Gleichberechtigung auf allen Ebenen der Gesellschaft!
- ⇒ Wir fordern mehr Informationskampagnen und Sensibilisierungsmaßnahmen vom Frauenministerium über die Thematik Rollenbilder. Frauen/Männer können alles! Frauen müssen in kein 90-60-90 Schema passen.
- ⇒ Die Entscheidung von Frauen einen technischen Beruf zu wählen muss finanziell mehr Unterstützung durch das zuständige Bundesministeriums erhalten. Weiters muss in der schulischen Ausbildung verstärkt auf die diversen Förder- und Unterstützungsprogramme (wie z.B. Girls Day, FIT) hingewiesen werden.
- ⇒ Vermehrte Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit gegen jede Form von sexistischer Diskriminierung sowie ein Verbot sexistischer Werbung. Sollte ein Unternehmen gegen dieses Verbot verstoßen braucht es empfindliche Strafen, die bis zum Entzug der Gewerbeberechtigung reichen.

HOMOSEXUELL? NA UND!

Seit einigen Jahrhunderten wird Heterosexualität als einzige legitime Form der Sexualität betrachtet. Im Laufe der Jahrhunderte – insbesondere aber im Mittelalter – gewann die Verfolgung Homosexueller immer mehr an Bedeutung. Auch heute noch, in einer Zeit und vor allem einer Gesellschaft, die von sich selbst behauptet aufgeklärt zu sein, wird Homosexualität in fast 80 Ländern der Erde strafrechtlich verfolgt. In einigen Ländern wird die gleichgeschlechtliche Liebe mit der Todesstrafe bedroht. Aber auch Österreich ist alles andere als eine Insel der Seligen. Homophobie und Transphobie sind weit verbreitet und werden von unserer Gesellschaft allzu oft toleriert. Dies beginnt bei schlechten Witzen, offenen physischen und psychischen Angriffen und endet noch lange nicht bei der offenen Diskriminierung durch konservative Organisationen, die Homosexualität als Krankheit

bezeichnen, die geheilt werden kann. Wir brauchen also eine sofortige rechtliche und soziale Gleichstellung von Homosexuellen und Transgender-Personen und ein offensives Auftreten gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt. Es braucht mehr als eine „eingetragene“ Partnerschaft, es braucht die gleichen Rechte die auch heterosexuelle Paare haben! Diese offene Diskriminierung homosexueller Menschen und Transgender-Personen ist eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes und daher auch des grundlegenden Menschenrechts auf Achtung des Privatlebens. Die Gewerkschaften kämpfen gegen Diskriminierungen und müssen auch in dieser Frage ein klares Zeichen setzen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Die Bundesregierung wird aufgefordert, homosexuellen Paaren die Eheschließung ebenso zu ermöglichen wie heterosexuellen Paaren!
- ⇒ Gleichgeschlechtlichen Paaren sowie Transgender-Personen sollen alle Rechte und Pflichten wie heterosexuellen Paaren bei der Adoption von Kindern und der künstlichen Befruchtung eingeräumt werden.
- ⇒ Gleichstellung verschieden- und gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ohne Trauschein.
- ⇒ Verstärkte Kampagnisierung sowie Aufklärung seitens der Gewerkschaften zum Thema Homosexualität und Transgender-Personen als auch der Einsatz und ein aktives Auftreten gegen die vorherrschende Diskriminierung.

GEWALT AN/GENEN FRAUEN

Jede dritte Frau im Alter zwischen 16 und 44 Jahren ist ein Opfer physischer Gewalt – sie werden geschlagen, zum Sex gezwungen oder misshandelt. Die Täter sind in den seltensten Fällen Fremde. In 2/3 der Fälle passieren Überfälle durch Väter, Großväter, andere Verwandte, Ehemänner oder Lebensabschnittspartner, Freunde, Bekannte, Kollegen oder Nachbarn. Kinder müssen in den Grundschulen schon vermehrt aufgeklärt werden und verpflichtende Selbstverteidigungskurse für Kinder müssen angeboten werden. Den Frauen muss mehr Mut gemacht werden, sich zu wehren und Hilfe anzunehmen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Mehr Aufklärung über Gewalt ab der Grundschule durch eine in diesem Thema mehrfach geschulte Vertrauensperson wie z.B. ein/e Schulpsychologin an jedem Schulstandort. Diese Vertrauensperson muss eine/n Experten/Expertin im Themenbereich Gewalt sein und somit für SchülerInnen als Anlaufstelle zur Verfügung stehen. Zusätzlich muss es Selbstverteidigungskurse in der Grundschule für alle SchülerInnen geben.
- ⇒ Es muss mehr Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung vom Frauenministerium zum Thema Frauen und Gewalt geben.
- ⇒ Umfassende Informations- und Präventionsmaßnahmen in Betrieben und (Berufs)schulen zum Thema sexuelle Belästigung und Mobbing! Des Weiteren sind die SchülerInnen über rechtliche Schutzbestimmungen, Einrichtungen und Anlaufstellen wie z.B. Gewaltschutzzentren, Frauenhäuser etc. zu informieren.
- ⇒ Effiziente Maßnahmen gegen (sexuelle) Gewalt an Frauen: Schutz von Frauen vor Gewalt sowie Prävention und strengere Bestrafung von Gewalttaten gegen Frauen!

ASYL & BLEIBERECHT

Österreich hat eine der reaktionärsten Asylgesetzgebungen innerhalb der Europäischen Union und verletzt damit Tag für Tag Menschenrechte. Die Verhängung der Schubhaft über Flüchtlinge, das Auseinanderreißen von Familien, tausende zu Unrecht abgelehnte Asylanträge stehen dabei auf der Tagesordnung. Viele AsylwerberInnen werden nach ihrer Abschiebung inhaftiert, gefoltert oder ermordet.

Die Gesetzesnovellen der vergangenen Jahre haben diesen Umstand weiter verschärft. Gipfel dieser Ungerechtigkeiten ist die so genannte Anwesenheitspflicht, durch die AsylwerberInnen nicht mehr ihren Aufenthaltsort verlassen dürfen. Dies kommt einer Haft gleich. Die einzige „Schuld“ der AsylwerberInnen: Sie suchen Schutz in Österreich.

Auch die Schubhaft ist eines angeblichen „Rechtsstaates“ nicht würdig. Schubhaft heißt: Gefängnis ohne Urteil, ohne Delikt. Die Bedingungen in der Schubhaft sind nicht menschenrechtskonform; der Europarat bezeichnet sie als „gänzlich unakzeptabel“.

Die Beschwerdefrist in solchen Verfahren beträgt eine Woche. Wer das zugewiesene Gebiet (meist Traiskirchen) verlässt und z.B. nach Wien fährt, um einen Rechtsbeistand zu suchen, wird sofort verhaftet. Menschen hinter Gittern finden aber schon gar keinen Rechtsbeistand. Also Abschiebung ohne Beschwerde – kurzer Prozess! Nach wie vor dürfen AsylwerberInnen in Österreich nicht arbeiten und werden somit schutz- und rechtlos in illegale Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Auch wenn die extreme Rechte so stark wie noch nie ist, gibt es ein „anderes“ Österreich: Gegen die Abschiebung von Arigona Zogaj und ihrer Familie gingen tausende Menschen auf die Straße, ganze Schulklassen und Gemeinden wehren sich gegen die Abschiebung ihrer FreundInnen, NachbarInnen und SchulkollegInnen, Menschen verstecken von Abschiebung bedrohte AsylwerberInnen... Es ist höchst an der Zeit, dass wir uns als GewerkschafterInnen diesem „anderen“ Österreich anschließen!

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Aktive Beteiligung an Aktionen, Kampagnen, etc. der Bleiberechtsbewegung!
- ⇒ AsylwerberInnen müssen ab Asylantragsstellung arbeiten dürfen!
- ⇒ Freie Wahl des Asyllandes durch den/die AsylwerberIn!
- ⇒ Sofortige Abschaffung der Schubhaft für AsylwerberInnen!
- ⇒ Rücknahme der menschenrechtswidrigen Asylgesetze!
- ⇒ Keine Kriminalisierung von Flucht- und FlüchtlingshelferInnen!
- ⇒ Rücktritt von Ministerin Maria Fekter!
- ⇒ Abschaffung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes!
- ⇒ Ausbau der unabhängigen psychologischen und rechtlichen Betreuung von AsylwerberInnen!

Wer hier legal lebt, soll legal arbeiten dürfen.

Wer hier arbeitet, soll legal leben dürfen.

... und auch wählen.

INTEGRATION

Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Spannungen, Konflikte im Zusammenleben waren immer schon ein Nährboden für rechte Parteien. Auch für die FPÖ heute. Rechte Parteien versprechen, wenn es schwierig wird, immer einfache Lösungen, ein hartes Durchgreifen. Sie arbeiten mit Sündenböcken, um von wahren Ursachen abzulenken.

Was früher der Antisemitismus war, ist heute der Antiislamismus. Mit Demokratie und Freiheit haben Rechte nicht viel am Hut. Denn sie betreiben Hetze, um den wahren Kern der gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, nämlich das kapitalistische Wirtschaftssystem, zu verschleiern.

Unter Anbetracht dieser Rahmenbedingungen bedarf es einem Bündel an politischen und operativen Maßnahmen. Die politische Voraussetzung ist in Zusammenhang mit Integration, dass die Werte einer solidarischen Gesellschaft, die für Herstellung von Chancengleichheit, für gleichberechtigte Teilhabe sowie Teilnahme am gesellschaftlichen Gestaltungsprozess und umfassenden Schutz vor Diskriminierung steht, den Menschen auch verstärkt vermittelt werden.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Flächendeckenden Sprachunterricht für alle Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer jeweiligen Muttersprache
- ⇒ Unterricht in Deutsch als Erst-, Zweit- oder Fremdsprache für alle Menschen in diesem Land.
- ⇒ Soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes.
- ⇒ Die Bedürfnisse der gesellschaftlichen Vielfalt müssen auch im Wohnen berücksichtigt werden.
- ⇒ Die Einführung des ius soli (Geburtsortprinzip) als Bleiberechtsprinzip und die Verleihung der doppelten Staatsbürgerschaft bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
- ⇒ Das Recht auf Muttersprache bei Ämtern und Behörden sowie in der Ausbildung!
- ⇒ Ein klares Bekenntnis der GPA-djp zur Integration. Dies bedeutet, dass bei Neuaufnahmen in der GPA-djp auf ein ausgewogenes Verhältnis von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu achten ist.
- ⇒ Gleiche Rechte für alle, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben (inkl. Wahlrecht)!

STEUERN & ABGABEN

Auch wenn es von manchen Seiten immer wieder bestritten wird: Österreich ist ein Steuerparadies für das Kapital. Die so genannten Steuerreformen der letzten Jahre haben vielleicht in manchen Teilbereichen kleinere Entlastungen für ArbeitnehmerInnen gebracht, jedoch gleichzeitig das Kapital stärker entlastet und damit zu einer stetigen Umverteilung von Unten nach Oben geführt. Dieser „Trend“ muss ein für alle mal ein Ende haben. Durch die Abschaffung der Erbschaftsteuer entgingen und entgehen dem Staat jährlich hunderte Millionen. Die Weigerung eine Vermögensteuer einzuführen kostet sogar Milliarden. Damit lässt sich die Politik die Chance entgehen, Gestaltungsspielraum zur Schaffung und Etablierung eines gerechten Sozialsystems zu haben.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Die Einführung einer Vermögensteuer.
- ⇒ Die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer.
- ⇒ Die Höchstgrenze für einen Freibetrag auf Erbschaften soll mit maximal 500.000 Euro festgelegt werden.
- ⇒ Eine hohe steuerliche Belastung von Kapital, Profit und Land zugunsten einer steuerlichen Entlastung von Arbeit.
- ⇒ Die Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage im Sozialversicherungssystem mit Ausnahme der Pensionsversicherung.
- ⇒ Die Abschaffung von Privatstiftungen.
- ⇒ Die Anpassung der Einheitswerte welche die Landwirtschaft bzw. GroßgrundbesitzerInnen steuerlich begünstigen!

KAPITALISMUS

Ein Blick in die Zukunft! Nach jahrelanger Senkung der Reallöhne brauchen wir wieder deutlich steigende Masseneinkommen. Auch der Staat selbst ist gefordert. Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre Investitionen im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich steigern. Aufbauend auf den skandinavischen Erfahrungen, ist eine Ausweitung sozialer Dienstleistungen erforderlich – vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen, Sport und Kultur. Millionen Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft nimmt. Die entscheidende Frage ist längst nicht mehr, ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen Interesse, mit welchen Zielen und auf wessen Kosten das geschieht. Eine Demokratie funktioniert nur dann, wenn sie die Ziele demokratischer Mehrheiten auch gegenüber wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann. Die gewählten RepräsentantInnen des Volkes müssen den Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens und einen klar definierten Rahmen vorgeben. Die Schaffung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung scheint unausweichlich.

Kein Fortschritt ohne Veränderung! Als einer der ersten Schritte sollte der Finanzsektor unter demokratische Kontrolle gestellt werden. In Zukunft sollten alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Wer allerdings versucht, den Finanzmarkt zu regulieren, ohne die immer weitere Anhäufung von Kapital und Vermögen zu stoppen und zu reduzieren, ist zum Scheitern verurteilt. Die Enteignung von Millionen arbeitenden Menschen muss wieder rückgängig gemacht werden. Das ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftspolitischen Vernunft. Nur so kann die Binnennachfrage gestärkt werden. Wer den UnternehmerInnen und den Finanzfonds freie Hand lässt, verhindert Demokratie. Genau dies erleben wir jetzt täglich. Auch auf betrieblicher Ebene muss die Sozialbindung des Eigentums gesichert werden. In den vergangenen Jahren wurde die wachsende Unterordnung des Betriebsvermögens unter die Interessen der Investmentfonds gefeiert. Diese Fonds sind an der langfristigen Unternehmensentwicklung nicht interessiert. Massenkündigungen in florierenden Betrieben wurden normal und die Rechte der Beschäftigten gerieten immer mehr in den Hintergrund.

Ein Verbot von Massenkündigungen bei allen Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet sind gilt es zu überdenken. Es geht jetzt darum, die ständige Enteignung der lohnabhängigen Menschen durch Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und Lohndumping umzukehren. Staatliche Hilfen sollten nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte der öffentlichen Hand und Belegschaften vergeben werden.

Wir denken international! Nicht zuletzt brauchen wir eine neue internationale Wirtschaftspolitik. Dass Spekulanten die Handels- und Kapitalströme bestimmen und schwere Krisen auslösen, ist ein globaler Irrsinn, der nicht hinzunehmen ist. Auf europäischer Ebene müssen Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen aufgebaut und bestehende gestärkt werden. Auf internationaler Ebene ist darüber hinaus eine Reform des Währungssystems erforderlich, um die Abhängigkeit der Wechselkurse von spekulativen Kapitalbewegungen zu beenden. Es müssen Zielzonen für die Wechselkurse eingerichtet werden, um den Welthandel zu stabilisieren. Es ist wichtig, dass die Steueroasen wirklich geschlossen werden. Vergesellschaftung des Finanzsektors, Demokratisierung der Wirtschaft, mehr soziale Gerechtigkeit, stärkerer Binnenmarkt und konsequenter ökologischer Umbau – diese Leitlinien sind zugleich eine wirksame Politik für kleine und mittlere Unternehmen. Diese gilt es darüber hinaus mit einer gezielten Steuer- und Förderpolitik zu unterstützen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Wir wollen, dass die wesentlichen Produktionsmittel unter Kontrolle der Beschäftigten vergesellschaftet sind. Die Verfügungsgewalt haben nicht mehr die privaten Eigentümer, sondern die Gesellschaft, deren entscheidende Kraft die ArbeiterInnenklasse ist.
- ⇒ Eine gesamtgesellschaftliche Planung mit dem Ziel der Bedürfnisbefriedigung. Der Profit ist nicht mehr, wie im Kapitalismus, die Triebfeder der Produktion.
- ⇒ Die bessere Gesellschaft ist mit lebendiger, alle Gesellschaftsbereiche durchflutender Demokratie verbunden.
- ⇒ Eine bestmögliche öffentliche Infrastruktur in allen Bereichen ist sowohl für die Lebensqualität wie auch für die gesellschaftliche Entwicklung von Bedeutung.
- ⇒ Ein optimales, öffentliches und solidarisches Gesundheits- und Pensionssystem.
- ⇒ Leistbares und schönes Wohnen.
- ⇒ Den Aufbau der Gewerkschaftsbewegung zu einer international agierenden gesellschaftsverändernden Kraft, deren Ziel es ist, den Kapitalismus zu überwinden.

UMWELT

Waldbrände, Wirbelstürme, Dürrekatastrophen, Überschwemmungen,... die letzten Jahre sind geprägt von weltweiten Naturkatastrophen. Die Ausbeutung und Zerstörung unseres natürlichen Lebensraumes zeigen immer deutlicher ihre Auswirkungen. Ernsthafte Bestrebungen Entwicklungen wie dem Treibhauseffekt, zunehmender Verschmutzung von Wasser und Luft,... entgegenzuwirken, gibt es kaum. Die strikte Weigerung der USA das Kyoto-Protokoll umzusetzen und der nicht vorhandene Protest der anderen Staaten,

machen deutlich, dass die Herrschenden dieser Welt kein allzu großes Interesse daran haben, die systematische Zerstörung unseres Lebensraumes zu verhindern. Vielmehr noch wurde das System der „Verschmutzungsrechte“ eingeführt. Dieses System gesteht jedem Staat eine bestimmte Menge an „Verschmutzung“ zu.

Ist diese Menge überschritten, können sich Staaten von anderen Staaten Verschmutzungsrechte kaufen. Dieses perfide Modell macht klar, dass die westlichen Industrienationen und internationale Organisationen, wie zum Beispiel die UNO, kein ernsthaftes Interesse an einer Verringerung der Treibhausgas-Emissionen haben.

Auffallend dabei ist, dass KonsumentInnen mit Moralappellen zum Umweltschutz animiert werden, während Firmen und Unternehmen weiterhin Wälder roden und Wasser und Luft verschmutzen. Der Hurrikan Katrina im Jahr 2005 hat auch gezeigt, dass es letztendlich die Schwächsten und Ärmsten unserer Gesellschaft sind, die am meisten unter Naturkatastrophen zu leiden haben.

Seitens der Gewerkschaften wurden Themen wie Umweltschutz und Ökologie viele Jahrzehnte lang milde belächelt. Viel mehr noch wurde das von der Wirtschaft erfundene Argument, dass Umweltauflagen Arbeitsplätze zerstören, aufgenommen und weiter verbreitet. Das Drohargument, dass höhere Umweltauflagen zu einer Abwanderung des Betriebes sorgen, kann nur durch internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit gelöst werden. Denn neben den katastrophalen Arbeitsbedingungen der Menschen in Schwellenländern ist die zunehmende Umweltzerstörung auch dort ein immer größer werdendes Problem.

Diesen falschen Weg gilt es zu beenden! Denn das Leben in einer gesunden Umwelt und die Schaffung von sozial abgesicherten Arbeitsplätzen sind kein Widerspruch, sondern müssen gleichermaßen gefordert werden. Es liegt an uns Wege und Konzepte zu finden, die diese beiden Komponenten miteinander verbinden, anstatt sie gegeneinander auszuspielen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Die staatliche Förderung von alternativen Energieformen, sowohl für Privathaushalte wie auch für Unternehmen und Strafzahlungen für Unternehmen die nicht auf alternative Energieformen umsteigen.
- ⇒ Verstärkte öffentliche Förderung von Forschung, die die (Weiter-)Entwicklung von umweltschonenden Energieformen und Produktionsweisen beinhaltet.
- ⇒ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Einführung von Nulltarifen.
- ⇒ Die Umlenkung des Güterverkehrs auf die Schiene und parallel dazu ein Ansteigen des Roadpricing für LKWs.
- ⇒ Keine weitere Privatisierung der öffentlichen Verkehrsmittel sowie die Rücknahme bereits erfolgter Privatisierungen.
- ⇒ Flächendeckende thermische Sanierung der Altbauten.
- ⇒ Einhaltung der Kyoto-Ziele ohne Ankauf von Co2 Zertifikaten!

MINDESTLÖHNE/MINDESTGEHÄLTER

Mindestlöhne und -gehälter müssen in einer Höhe liegen, die bei Vollzeitbeschäftigung existenzsichernd und Armut vermeidend sind. In den letzten Jahren nahm auch innerhalb der unselbständig Beschäftigten die Einkommensungleichheit stark zu. Die hohen Einkommen sind stark und die mittleren schwach gestiegen. Die geringen Einkommen sind gesunken. Es gibt also immer mehr nicht existenzsichernde Arbeitsplätze. Eine Einführung existenzsichernder Mindesteinkommen kann hier einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der Ungleichheit bei den Einkommen und zur Vermeidung von Armut leisten. Das betrifft auch die große Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes (1.617 Euro brutto/Monat für 38,5 Wochenstunden) und eine jährliche Erhöhung im Ausmaß der Steigerungsrate des nominellen BIP pro Beschäftigten, damit die Steigerung der Preise und der Produktivität berücksichtigt werden.
- ⇒ Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich (1.617 Euro Brutto gesetzlicher Mindestlohn).
- ⇒ Einen anteilmäßigen gesetzlichen Mindestlohn für Teilzeitarbeit. Das wird dadurch erreicht, dass die Mindestlöhne und -gehälter mit Stundenverdiensten von 10 EUR festgelegt werden.
- ⇒ Die Abschaffung von freien Dienstverträgen und Werkverträgen und eine klare Trennung zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit.
- ⇒ Einen gesetzlichen Mindestlohn von 1.617 Euro für PraktikantInnen, die aufgrund schul- oder studienrechtlicher Vorschriften ein Pflichtpraktikum absolvieren müssen.

GERECHT GEHT ANDERS VOR ALLEM IN DER LEHRE!

Das österreichische System der Lehrlingsausbildung basiert auf der dualen Berufsausbildung. Dies bedeutet, dass die Lehrlinge zum Einen im Betrieb und zum Anderen in der Berufsschule ausgebildet werden. Das Berufsausbildungsgesetz (BAG) bietet uns den notwendigen gesetzlichen Rahmen, welcher durch die Berufsbilder ergänzt wird. In den vergangenen Jahren – konkret seit der FPÖ/ÖVP-Regierung – wurde dieser gesetzliche Rahmen mehrmals zugunsten der Betriebe und ihrer Lobby novelliert (Verlängerung der Probezeit, Verkürzung der Behaltspflicht). Dies alles fand jedoch seinen Höhepunkt in der BAG-Novelle 2008, mit welcher die erleichterte Kündigung der Lehrlinge auf der einen Seite und die massive Förderung der Ausbildungsbetriebe auf der anderen Seite eingeführt wurde.

Als wären die oben skizzierten Einschnitte in die Rahmenbedingungen für die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen nicht schon drastisch genug, verzeichnen wir über die Jahre einen massiven Rückgang der Lehrstellen und einen gleichzeitigen Anstieg der Plätze in der als „Auffangnetz“ und „Übergangslösung“ gedachten überbetrieblichen Ausbildung. Damit verabschieden sich die Betriebe einmal mehr von ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung, den 40% der jungen Menschen in diesem Land, die sich für eine Lehrausbildung entscheiden, einen adäquaten und qualitativ hochwertigen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Sie wälzen darüber hinaus diese Verantwortung und die Kosten auf das AMS und somit auf die Allgemeinheit ab.

Die immer wieder aufkeimenden Beteuerungen des gesamten Apparates der Wirtschaftskammer – angeführt von ihrem Präsidenten Dr. Christoph Leitl – wie wichtig die betriebliche Ausbildung von Lehrlingen sei, ist angesichts der maroden Situation am Lehrstellenmarkt, der immer geringeren Bereitschaft der Betriebe Lehrlinge auszubilden und der immer geringeren Qualität der Berufsausbildung alles andere als glaubwürdig.

Der Gipfel der seitens der Wirtschaftskammer gesetzten Provokationen, ist die Weigerung einen BMHS-Abschluss als der Lehrabschlussprüfung gleichwertig anzusehen. Dadurch werden immer mehr junge Menschen, die bereits auf schulischem Weg eine Ausbildung abgeschlossen haben, erneut in ein Ausbildungsverhältnis gedrängt. Dies ist bildungspolitisch und wirtschaftlich eine grobe Verschwendung von Ressourcen. Zum Einen fehlen diese Ausbildungsplätze am Lehrstellenmarkt und zum Anderen wird fertig ausgebildeten KollegInnen eine adäquate Bezahlung vorenthalten.

Dem gegenüber steht der neueste Vorschlag der Wirtschaftskammer, den Zugang zur Lehre durch eine mittlere Reife zu beschränken und somit nur mehr einer kleinen Elite den Zugang zur regulären Lehrausbildung zu ermöglichen. Damit würde eine Drei-Klassen-Gesellschaft im Bereich der Lehrlinge entstehen, welche aus unserer Sicht nur abgelehnt werden kann. Wir wollen die beste Ausbildung für Alle und nicht für eine kleine elitäre Gruppe.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Die sofortige Gleichstellung eines BMHS-Abschlusses mit dem Lehrabschluss, um eine neuerliche Eintragung eines Lehrvertrages zu verhindern und den KollegInnen eine adäquate Bezahlung zukommen zu lassen.
- ⇒ Erweiterung der Lehrlingsfreifahrt auf alle Fahrten von und zur Berufsschule als auch zum Berufsschulinternat.
- ⇒ Die sofortige Umwandlung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten in eine qualitativ hochwertige und staatlich finanzierte Alternative für jene Personen, die nach der 9. Schulstufe nicht weiter in die Schule gehen wollen und keine passende bzw. für sie interessante Lehrstelle finden.
- ⇒ Die sofortige Verkürzung der Probezeit auf 1 Monat, wobei den Lehrlingen die Möglichkeit eingeräumt wird, das Lehrverhältnis innerhalb von 3 Monaten ohne Angabe von Gründen und ohne rechtliche Konsequenzen jederzeit zu lösen.
- ⇒ Die sofortige Ausweitung der Behaltspflicht von derzeit 3 Monaten auf 12 Monate, um den jungen Menschen eine reale Chance am Arbeitsmarkt zu bieten.
- ⇒ Ausbau der Kompetenzen und Ressourcen der Arbeitsinspektorate um Gesetzesverstöße gegen das Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz (KJBG) und schlechte Ausbildung von Lehrlingen schonungslos aufzudecken und die Verantwortlichen zu bestrafen.
- ⇒ Die sofortige Umwandlung aller „Lehrberufe“, welche außerhalb des BAG-Rahmens existieren, in reguläre Lehrberufe nach dem Berufsausbildungsgesetz.
- ⇒ Die sofortige Streichung des BAG § 15a (Ausbildungsübertritt) und somit die Abschaffung der so genannten „Lehrlingskündigung“.
- ⇒ Die Modernisierung und laufende Überarbeitung der Berufsbilder sowie der Lehrpläne für die Berufsschulen durch die SozialpartnerInnen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien.
- ⇒ Für die Entwicklung von jungen Menschen ist es notwendig, ihnen einen geeigneten Freiraum zu geben, in dem sie sich mit Gleichaltrigen über Probleme austauschen können. Aus diesem Grund fordern wir einen eigenen Pausenraum für Lehrlinge ab 10 Lehrlingen pro Unternehmen.
- ⇒ Die Lehrlingsentschädigungen müssen sich an der Entlohnung der ArbeitnehmerInnen (Angestellte bzw. Facharbeiter) orientieren und zumindest 60% dieser Entlohnung im 1. Lehrjahr, 80% im zweiten Lehrjahr und 100% im 3. Lehrjahr sowie im 4. Lehrjahr betragen.

BERUFSORIENTIERUNG!

Arbeit und Beruf gelten bei jungen Menschen als zentrale Schlüsselkategorien für die eigene Lebensgestaltung, die Verwirklichung der Zukunftsinteressen und zur Identitätsbildung. Für viele junge Menschen ist aber die Entscheidung über den weiteren Lebensweg, eine der schwierigsten und so wählen viele jene berufliche Laufbahn, die vom sozialen Umfeld als die „beste“ Wahl empfunden und empfohlen wird.

Zu oft werden Jugendliche dabei in einen Ausbildungsweg gedrängt, der zwar dem Wunsch der Anderen und den regionalen Bedingungen entspricht, sich aber nur bedingt mit den eigenen Vorstellungen und Wünschen deckt. Hinzu kommt, dass sich auf diese Weise eine tradierte Berufswahl ergibt und dadurch ein Ausbrechen aus den Rollenbildern – und dadurch aus typischen Männer- und Frauenberufen – erschwert, wenn nicht sogar unmöglich, gemacht wird.

Aus unserer Sicht, welche durch mehrere Studien belegt ist, setzt die schulische Berufsorientierung zu spät an. Es ist nicht ausreichend, sich ab der 7. Schulstufe mit dieser Thematik zu beschäftigen. Die Jugendlichen befinden sich zu dieser Zeit mitten in der Pubertät, was ein weiterer Aspekt dafür ist, dass „typisch männliche“ oder „typisch weibliche“ Berufe ergriffen werden. Wir brauchen eine Berufsorientierung, die integraler Bestandteil der schulischen und vorschulischen Erziehung ist und bereits im Kindergarten beginnt, denn nur so können Rollenbilder aufgebrochen und den jungen Menschen eine selbstbestimmte Berufswahl ermöglicht werden.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Das Angebot an kostenlosen und ganztägigen Kindergärten ist auszubauen bzw. zu schaffen!
- ⇒ Implementierung einer pädagogischen und auf Gender-Mainstreaming ausgerichteten Berufsorientierung in allen Bildungseinrichtungen und Bildungskonzepten!
- ⇒ In der Berufsorientierung ist ein spezieller Fokus auf das Aufbrechen bestehender Rollenbilder zu legen, der es den Kindern und Jugendlichen ermöglicht eine Berufswahl fernab von geschlechterspezifischen Rollenzuteilungen zu treffen.
- ⇒ Die Berufsorientierung ist nicht nach dem aktuell verfügbaren Lehrstellenangebot, sondern nach den Fähigkeiten und Neigungen der jungen Menschen auszurichten.
- ⇒ Es braucht einen Bildungsbegriff, der sich nicht an ökonomischen und wirtschaftlichen Interessen orientiert, sondern den Menschen in den Mittelpunkt rückt. Daher muss das Bildungskonzept nach humanistischen Aspekten ausgerichtet werden.
- ⇒ Die an den polytechnischen Schulen geführten Fachbereiche sind ein Spiegel für eine tradierte Berufswelt und tragen in keiner Weise dazu bei, die Jugendlichen zu ermutigen eine Berufswahl fernab von Rollenzwängen und verfügbaren Lehrberufen zu treffen. Daher muss sich die Breite der angebotenen Lehrberufe auch in den Fachbereichen der polytechnischen Schulen wiederfinden.

AUSBILDUNG DER AUSBILDERINNEN!

Die aktuelle rechtliche Situation im Bereich der LehrlingsausbilderInnen ermöglicht es, dass Personen welche die fachlichen, pädagogisch-methodischen und rechtlichen Kenntnisse besitzen, mit der Ausbildung der Lehrlinge eines Unternehmens oder Betriebes betraut werden können. Einzige weitere Voraussetzung ist die Absolvierung eines AusbilderInnenkurses – welcher in der Regel 40 Stunden dauert – und die Ablegung der AusbilderInnenprüfung!

Ist diese Qualifikation oder vielmehr dieser Nachweis erbracht, bedarf es auf Basis des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) keiner zusätzlichen oder regelmäßigen Weiterbildung. Dieser Zustand ist jedoch alles andere als ein Beitrag zur Steigerung der Ausbildungsqualität, da hier in keiner Weise auf die technologischen, fachlichen und pädagogisch-methodischen Entwicklungen eingegangen wird. Um jedoch die Qualität der betrieblichen Ausbildung von Lehrlingen nachhaltig zu verbessern, bedarf es einer stärkeren und vor allem hochwertigeren Qualifikation der AusbilderInnen. So sind diese in einer gemeinsamen Ausbildung an einer pädagogischen Hochschule vor allem pädagogisch-methodisch zu qualifizieren und ihre Qualifikation ist durch eine

AusbilderInnenakademie, wie sie beispielsweise in Vorarlberg besteht, in fachlicher und technologischer Hinsicht zu ergänzen. Diese Ausbildung muss jedoch in allen Bereichen (fachlich, technologisch, pädagogisch-methodisch) durch jährliche verpflichtende Kursmaßnahmen ergänzt werden.

Ein wesentliches Problem ist, dass die Lehrlingsausbildung häufig „nebenher“ passiert und die wesentliche Qualifikation als LehrlingsausbilderIn auch in den Kollektivverträgen nicht wiederfindet. Wir sind der Auffassung, dass auch diese Qualifikation in den Kollektivverträgen Berücksichtigung finden und sich daraus ein höheres Entgelt ergeben muss. Wer eine qualitativ hochwertige Lehrlingsausbildung will, muss auch die notwendigen Anreize für die AusbilderInnen schaffen.

Ein weiterer Beitrag die Ausbildungsqualität in den Betrieben zu steigern, ist es verpflichtend pro 10 Lehrlingen eine/n AusbilderIn zu bestellen und monatliche Qualitätsgespräche zwischen AusbilderIn, Lehrling, Jugendvertrauensrat und Betriebsrat zu führen. Bei diesen soll über die vermittelten Inhalte des Berufsbildes, Wünsche der Lehrlinge und Ausbildungsdefizite sowie Problemlösungen gesprochen werden. Diese Gespräche dürfen jedoch für die Lehrlinge keine rechtlichen Konsequenzen nach sich ziehen und dienen ausschließlich der Steigerung der Ausbildungsqualität. Weiters sind die Ergebnisse in Form eines Gesprächsprotokolls binnen einer Arbeitswoche und von allen beteiligten Personen unterzeichnet an den Jugendvertrauensrat und an den Betriebsrat zu übermitteln.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Die gemeinsame pädagogisch-methodische Ausbildung aller AusbilderInnen an einer pädagogischen Hochschule sowie die Ergänzung dieser Qualifikation durch technologische und fachliche Ausbildungen an einer AusbilderInnenakademie (Modell: Vorarlberg).
- ⇒ Verpflichtende jährliche Weiterbildung der AusbilderInnen sowohl im pädagogisch-methodischen als auch im technologischen und fachlichen Bereich!
- ⇒ Die Aufwertung der LehrlingsausbilderInnen durch die Schaffung eines eigenen finanziellen Qualifikationsrahmens im Kollektivvertrag, aus dem sich eine adäquate Einstufung und finanzielle Abgeltung der Tätigkeit ergibt!
- ⇒ Die gesetzliche Verankerung eines monatlichen Ausbildungsgespräches zwischen AusbilderIn, Lehrling, Jugendvertrauensrat und Betriebsrat. Hierbei sind die Ergebnisse in Form eines Gesprächsprotokolls binnen einer Arbeitswoche und von allen beteiligten Personen unterzeichnet an den Jugendvertrauensrat und an den Betriebsrat zu übermitteln.
- ⇒ Zur Steigerung der Ausbildungsqualität und zur Entlastung der AusbilderInnen fordern wir mindestens eine/n AusbilderIn pro 10 Lehrlingen.

BERUFSSCHULE!

Sieht der Alltag vieler Lehrlinge in der betrieblichen Praxis oft schon nicht gut aus, verschärft sich dieses Problem an den Berufsschulen noch weiter. Die Berufsschule kann oftmals ihrer Aufgabe, nämlich der theoretischen Ergänzung der betrieblichen Ausbildung, nicht mehr nachkommen. Dies liegt vor allem daran, dass sich die Wirtschaftskammer im

Auftrag ihrer FunktionärInnen und somit im Auftrag der Ausbildungsbetriebe, vehement gegen eine Ausweitung der Berufsschulzeit und somit einer Steigerung der schulischen Ausbildungsqualität wehrt. Argumentativ wird dies damit begründet, dass die Lehrlinge ansonsten in den Betrieben fehlen und ohnedies schon zuviel Zeit in der Berufsschule verbringen.

Aber auch die Länder als jene Gebietskörperschaften, welche als Schulerhalter und somit als Kostenträger auftreten, dürfen in dieser wesentlichen Frage nicht aus der Verantwortung genommen werden. So sind sie es, die bei beinahe jeder Diskussion um eine Ausweitung der Berufsschulzeit das Konsolidierungsverfahren auslösen und jegliche Möglichkeit unser Ziel zu erreichen zu Nichte machen. All das führt in logischer Konsequenz dazu, dass nur mehr die berufsbezogenen Fächer unterrichtet werden und kein Platz für eine Weiterqualifizierung der Lehrlinge in Fremdsprachen oder im Bereich soziale Kompetenz besteht. Daher fordern wir die Herauslösung der Berufsschulen aus der Kompetenz der Länder und die Finanzierung selbiger durch den Bund. Auch die Anzahl der Stunden je zu unterrichtendem Lehrberuf als auch die Form des Unterrichts und ein Benchmark für die Ausstattung soll zur Angelegenheit des Bundes erklärt werden. Hingegen sollen die Standortfrage, die Unterrichtsform – also Block- oder Tagesunterricht – sowie die ergänzende Ausstattung der Schulen auch weiterhin in der Kompetenz der Länder bleiben.

Aber auch in punkto KlassenschülerInnenhöchstzahl und Unterrichtsmethodik, herrscht dringender Handlungsbedarf. So erinnert die Anzahl der SchülerInnen je Klasse mit bis zu 30 Personen und der vorherrschende Frontalunterricht mehr an mittelalterliches Lernen als an einen offenen, qualitativ hochwertigen Unterricht in welchem die SchülerInnen im Mittelpunkt stehen. Genau darum fordern wir eine Abkehr von tradierten und überholten Unterrichtsmethoden und die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf max. 15 Personen!

Das Berufsausbildungsgesetz (BAG) beinhaltet eine Regelung wonach Lehrlinge, die die Berufsschule in einer geblockten Unterrichtsform besuchen, während dieser Zeit nicht im Betrieb beschäftigt werden dürfen. Auch im Bereich der Tagesschule dürfen Lehrlinge zur Arbeitsleistung im Betrieb nur heran gezogen werden, wenn dies zumutbar ist. Die betriebliche Realität zeigt uns, dass diese Bestimmungen sehr häufig übertreten werden. Daher fordern wir eine Verschärfung und Ergänzung dieser Bestimmungen. So braucht es neben strengeren Strafen für eine BAG-Übertretung, dringend eine Regelung wonach die Lehrlinge an Tagen, an denen der Unterricht entfällt (schulautonome Tage, Zwickeltage...) nicht zur Arbeitsleistung im Betrieb herangezogen werden dürfen und ihnen hierfür auch kein Urlaub oder Zeitausgleich verbucht werden darf.

DAHER FORDERT DAS 5. BUNDESJUGENDFORUM DER GPA-DJP:

⇒ Eine massive Ausweitung der Berufsschulzeit unter Berücksichtigung eines ganzheitlichen Bildungskonzeptes, welches auch die Vermittlung von lebenden Fremdsprachen und sozialen Kompetenzen vorsieht.

- ⇒ Die Herauslösung der Berufsschulen aus der Kompetenz der Länder und die Finanzierung selbiger durch den Bund. Hierbei soll die Berufsschulzeit je Lehrberuf, die minimale Ausstattung der Berufsschulen sowie die Unterrichtsmethodik durch das zuständige Ministerium in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erfolgen. Die Standortfrage sowie eine zusätzliche Ausstattung der Berufsschulen sollen auch in Zukunft in der Kompetenz der Länder liegen.
- ⇒ Die Abkehr von tradierten und überholten Unterrichtsformen und die Schaffung eines Lern- und Lebensraumes Schule in dem der/die SchülerIn im Mittelpunkt steht.
- ⇒ Die Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl an den Berufsschulen auf maximal 15 Personen pro Klasse!
- ⇒ Schulzeit ist Schulzeit! Daher sind die geltenden Bestimmungen im BAG zu verschärfen und verstärkt zu kontrollieren. Des Weiteren sind diese Bestimmungen so zu ergänzen, dass die Lehrlinge an Zwickeltagen an denen der Unterricht entfällt und an schulautonomen Tagen ohne Abzug von Urlaub oder Zeitausgleich nicht zur Arbeitsleistung im Betrieb heranzuziehen sind!
- ⇒ Eine sofortige gesetzliche Regelung zur Übernahme der Kosten für das Berufsschulinternat durch die Betriebe!

LEHRSTELLENFÖRDERUNG!

Mit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) im Jahr 2008 wurde die Förderung der betrieblichen Ausbildung – also die Lehrstellenförderung – neu organisiert! Seither gliedert sich diese Förderung, welche aus dem Insolvenzausgleichfonds finanziert wird, in mehrere Förderarten, die ausschließlich den Betrieben zugute kommen. Da nützt es auch nichts, dass das Fördervolumen mit der Aussetzung des „Praxistests“ im Jänner 2011 von 265 Millionen Euro auf 150 Millionen Euro gekürzt wurde. Nach wie vor werden die Förderungen ohne jegliche Bindung an die Ausbildungsqualität nach dem Gießkannenprinzip an die Betriebe vergeben. Wir wollen weg von der „Gießkanne“ hin zu einem Fördersystem das ausschließlich qualitativ hochwertige Ausbildung belohnt. Hierzu ist es notwendig ein Fördersystem einzurichten, welches sich an Benchmarks orientiert. Dieses könnte wie folgt aussehen:

Die Lehrlinge treten zu einer Teilprüfung an, welche auf die Lehrabschlussprüfung anzurechnen ist.	25 Punkte
Die Betriebe führen für alle Auszubildenden eine elektronische Ausbildungsdokumentation nach standardisierten Vorgaben.	15 Punkte
Die Betriebe nehmen an einem unabhängigen Qualitätsaudit in Form eines „Peer Review“ teil. Dieses ist durch eine noch zu schaffende unabhängige „Agentur zur Qualitätssicherung in der Lehrausbildung“ abzunehmen.	10 Punkte
Die Betriebe erhalten eine Auszeichnung nach § 30 BAG (staatlich ausgezeichnete Lehrbetrieb). Hierbei sind die Kriterien neu zu definieren. Weiters ist in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, ob die Betriebe diese Kriterien noch erfüllen.	5 Punkte
Die Lehrlinge werden mittels Fragebogen zur Ausbildungssituation befragt. Die Ergebnisse werden seitens der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer ausgewertet und mit den AusbildungsleiterInnen besprochen.	10 Punkte
Eine Antrittsquote in Bezug auf die Lehrabschlussprüfung von 100% ist zu erreichen!	5 Punkte
Die Lehrlinge nehmen an Vorbereitungskursen für die Lehrabschlussprüfung teil.	5 Punkte
Die Betriebe ermöglichen die Entsendung von MitarbeiterInnen in die Kommissionen zur Abnahme der Lehrabschlussprüfung!	5 Punkte

In Betrieben in welchen ein Jugendvertrauensrat bzw. Betriebsrat nach den ArbVG-Bestimmungen zu wählen ist, besteht ein solcher!	25 Punkte
Im Unternehmen besteht ein Ausbildungsplan, der dazu führt, dass die Lehrlinge in unterschiedlichen Abteilungen eingesetzt werden und mindestens 6 Seminare, welche eine Qualifizierung über das Berufsbild hinaus ermöglichen, besucht werden.	10 Punkte
Die AusbilderInnen nehmen jährlich an Qualifizierungsmaßnahmen teil, in welchen sie pädagogisch-methodisch, technologisch und fachlich geschult werden.	10 Punkte
Bei Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat dürfen keinerlei Mängel in Bezug auf die Lehrlingsausbildung festgestellt werden.	15 Punkte
Im Betrieb besteht ein Prämiensystem, welches den Lehrlingen zugute kommt und nur an diese ausbezahlt wird.	10 Punkte

Das jährlich vorhandene Fördervolumen wird im Herbst des Vorjahres mit den österreichweiten Lehrlingszahlen umgelegt und so ein maximaler Förderbetrag pro Lehrling ermittelt. Weiters ist für jeden Lehrling ein Punktekonto anzulegen, welches am Ende eines Lehrjahres abgerechnet wird. Dadurch ergibt sich auch, der an den Betrieb pro Lehrling auszubezahlende Förderbetrag. Erhält ein Betrieb weniger als 80 % der möglichen Punkte, ist keine Förderung auszubezahlen. Sollte ein Benchmark im Betrieb nicht möglich sein, werden die restlichen Punkte als Grundlage herangezogen (*siehe Abb.1*). Wesentlich ist auch hier, dass die Förderung nur ausbezahlt wird, wenn das ganze Lehrjahr im selben Unternehmen zurückgelegt wurde. Kommt es zur Verletzung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen, hohen Lösungsquoten von Lehrverträgen, hohen Durchfallsquoten oder hohen Nichtantrittsquoten bei der Lehrabschlussprüfung ist der Betrieb von der Lehrstellenförderung auszuschließen und die gesamte Lehrstellenförderung die ausbezahlt wurde zurückzufordern.

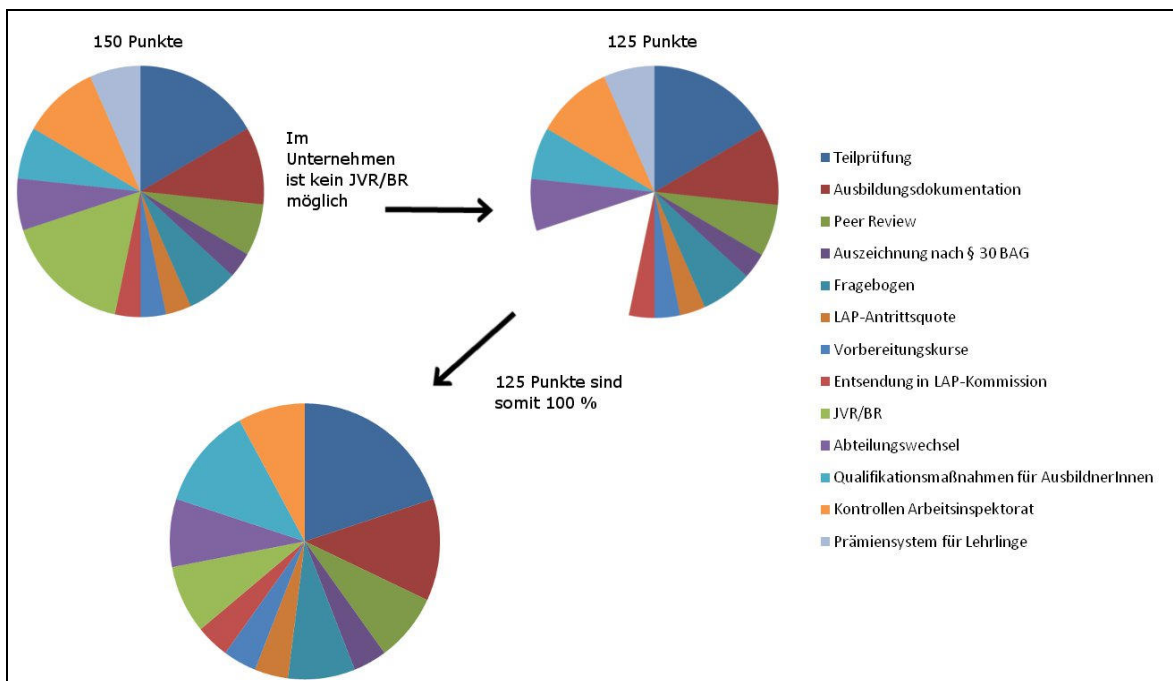


Abb.1

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT:

- ⇒ Das Abgehen von der bestehenden Lehrstellenförderung und die Schaffung eines nach Qualitätskriterien ausgerichteten Fördersystems anhand der oben skizzierten Kriterien.
- ⇒ In allen Kollektivverträgen ist eine Prämie, welche für einen guten oder ausgezeichneten Erfolg bei der Lehrabschlussprüfung an die Lehrlinge ausbezahlt wird, zu verankern.
- ⇒ In allen Kollektivverträgen ist eine Prämie, welche für einen guten oder ausgezeichneten Erfolg in der Berufsschule an die Lehrlinge ausbezahlt wird, zu verankern.
- ⇒ Allen Lehrlingen ist eine Teilnahme an den Vorbereitungskursen zur Lehrabschlussprüfung in der Arbeitszeit zu ermöglichen. Des Weiteren sind die entstehenden Kosten von den Betrieben zu übernehmen. Außerdem ist allen Lehrlingen zur Prüfungsvorbereitung (Lehrabschlussprüfung, Zwischenprüfungen, Matura...) eine Woche bezahlte Freistellung gewährt wird.
- ⇒ Die Ausbildungsbetriebe sind in regelmäßigen Abständen von einer zu schaffenden „Agentur zur Sicherung der Ausbildungsqualität“ und durch die Arbeitsinspektorate zu kontrollieren.
- ⇒ Die Kriterien zur Vergabe einer Auszeichnung nach § 30 BAG (staatlich ausgezeichneter Ausbildungsbetrieb) sind neu zu definieren. Des Weiteren ist diese Auszeichnung nur für einen bestimmten Zeitraum zu vergeben.
- ⇒ Die Betriebe müssen verpflichtet werden, unter Einbindung von Betriebsrat und Jugendvertrauensrat einen Ausbildungsplan anhand des Berufsbildes zu erstellen in welchem ein regelmäßiger Abteilungswechsel, in für die Ausbildung relevanten Abteilungen, vorzusehen ist.
- ⇒ Die Betriebe müssen in die zusätzliche Qualifizierung der Lehrlinge investieren und den Besuch von zumindest 6 Seminaren pro Lehrjahr (Erste Hilfe, Rhetorik, Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung, Kommunikation...) ermöglichen und diese auch finanzieren.
- ⇒ Die gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Freistellung für die Lehrabschlussprüfung – derzeit ist lediglich die notwendige Zeit frei zu geben – sind auszuweiten. Die Lehrlinge müssen sowohl am Tag der schriftlichen als auch am Tag der mündlichen Lehrabschlussprüfung zur Gänze von der Arbeitsleistung im Betrieb freigestellt werden.
- ⇒ Um die Ausbildungsqualität nachhaltig zu sichern, ist es aus unserer Sicht notwendig das Verfahren nach § 3a BAG, wonach die Eignung des Betriebes zur Ausbildung von Lehrlingen überprüft wird, in regelmäßigen Abständen zu wiederholen.
- ⇒ Teilprüfungen zu Mitte der Lehrzeit sind einzuführen und an die Lehrabschlussprüfung anzurechnen.

GERECHT GEHT ANDERS VOR ALLEM IN DER SCHULE!

SCHULE

Eine gute Bildung bzw. Ausbildung gilt als die beste Investition in eine erfolgreiche Zukunft für die Jugend. Die aktuelle Situation an Österreichs Schulen zeigt aber, dass die Qualität der schulischen Ausbildung immer schlechter anstatt besser wird. Dies wird nicht zuletzt durch internationale Studien wie „Pisa“ zweifelsfrei belegt.

Kinder und Jugendliche werden aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion oder aufgrund des Einkommens der Eltern in der Schule und der Gesellschaft ausselektiert. Die Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf Privatschulen, wodurch eine Zwei-Klassen-Bildung nur gefördert wird. Bildung darf aber kein Privileg sein, sondern ist ein Recht, das allen zustehen muss.

Daher muss sich der Staat auch darum kümmern, dass jeder und jede dieses Recht auf Bildung uneingeschränkt nutzen kann, ohne soziale Hürden. Eine gemeinsame Schule der 6 – 15-jährigen, bei der Lernen und Freizeit über den ganzen Tag verteilt werden, muss endlich realisiert werden, denn es macht keinen Unterschied, woher jemand kommt und wohin er/sie gehen möchte.

In der gemeinsamen Schule sollen SchülerInnen Freude an Ausbildung und an ihrer persönlichen Entfaltung haben. Schule muss modern sein, Lust zum Lernen und neugierig auf Neues machen, modernes Unterrichtsmaterial verwenden und SchülerInnen Raum zur individuellen Entwicklung und Entfaltung geben. Es macht keinen Sinn 10-jährige zu zwingen sich zu entscheiden in welche Schule, und somit welchen Bildungsweg/Berufsweg, sie gehen wollen. In einer gemeinsamen, ganztägigen Schule der bis 15-jährigen bekommen alle Kinder die gleichen Chancen und individuelle Förderung.

Dabei soll hier verstärkt auf die Talente und Stärken der Kinder eingegangen und diese gestärkt werden und die Schwächen geschwächt werden. Eine Klassenhöchstzahl von 15 SchülerInnen ist ebenso notwendig, wie zwei Lehrpersonen pro Klasse, die dadurch individuell auf die SchülerInnen eingehen und Lernschwächen frühzeitig erkennen können.

Bezahlte Nachhilfe, für die Eltern in Österreich jährlich ca. 127 Millionen Euro ausgeben, und die 77 Prozent der Eltern, die selbst als HilfslehrerInnen fungieren, müssen der Vergangenheit angehören. Ebenso muss das Sitzen bleiben abgeschafft werden, denn eine gesamte Schulstufe, wegen ein oder zwei Nicht Genügend zu wiederholen ist erstens keineswegs notwendig und zweitens reißt es SchülerInnen sinnlos aus ihrem sozialen Umfeld. Ein modulares Schulsystem ohne Sitzen bleiben, bei dem SchülerInnen im Mittelpunkt stehen ist längst überfällig.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Öffentliches Bildungsmonopol – Abschaffung der Privatschulen.
- ⇒ Die gemeinsame, ganztägige Schule der 6 – 15-jährigen.
- ⇒ Freier Zugang zu Bildung ohne soziale Hürden.
- ⇒ Ein Bildungsbudget von mindestens 5 % des BIP.
- ⇒ Mindestens zwei Lehrpersonen pro Klasse für die individuelle Unterstützung aller SchülerInnen.
- ⇒ Breite pädagogische Ausbildung für alle LehrerInnen in allen schulischen Bereichen und verpflichtende LehrerInnenfortbildung.
- ⇒ Moderne Unterrichtsmethoden und Unterrichtstechniken mit regelmäßigen Themenwochen (Exkursionen ...)
- ⇒ Kostenloser Zugang zu Internet und W-LAN für SchülerInnen.
- ⇒ Keine Überwachung von Bildschirmen und Computerräumen vom LehrerInnenbildschirm aus.
- ⇒ Geschlechtergerechte Unterrichtsmaterialien sowie Geschlechtergerechtigkeit als gelebtes Unterrichtsprinzip.
- ⇒ Einen flächendeckenden Sprachunterricht für alle Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer jeweiligen Muttersprache und Unterricht in Deutsch als Erst-, Zweit- oder Fremdsprache für alle Menschen in diesem Land. Denn eine gemeinsame Sprache ist der Schlüssel zum Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen.
- ⇒ Kostenloser deutscher Zusatzunterricht.
- ⇒ Kostenloser und freiwilliger Förderunterricht, unabhängig von der Anmeldezahl mit ausgebildetem Lehrpersonal
- ⇒ Einführung eines transparenten, einheitlichen, verbalen Beurteilungssystems an österreichischen Schulen, umgesetzt vom Bundesministerium.
- ⇒ Sitzen bleiben abschaffen – her mit dem Modulsystem an allen Schulen.
- ⇒ Eine maximale KlassenschülerInnenanzahl von 15 Personen
- ⇒ SchülerInnen und LehrerInnen muss 3 Tage pro Woche ein/e SchulpsychologIn zur Verfügung stehen!

UNTERRICHT

Ein neues Bildungssystem soll selbständig denkende, kritisch hinterfragende, in sozialen Zusammenhängen denkende, suchende und forschende Menschen heranbilden. Dazu zählt vor allem jungen Menschen, bereits ab der Volksschule, Demokratieverständnis und politisches Verständnis beizubringen. Eine grundlegende und bessere Aufklärung der SchülerInnen über die Funktionsweise von Politik in Österreich, die Vorteile einer demokratischen Gesellschaftsform, die Bedeutung uneingeschränkter Zugänge zu Wahlen, die wahlwerbenden Parteien sind hier nur einige Beispiele für das Unterrichtsfach „Politische Bildung“. Die Schule muss außerdem ein Ort sein, an dem Rollenbilder aufgebrochen werden und Mädchen sowie Burschen unterstützt und gefördert werden, sich für nicht typische Berufszweige zu entscheiden. Soziale Kompetenzen zu vermitteln und zu beherrschen, Wissen über Berufs- und Arbeitswelt, sowie über arbeitsrechtliche Grundlagen ist heutzutage genau so wichtig wie die Ausbildung an sich. Der

Religionsunterricht trägt hierzu nichts bei und hat in der Schule – als Privatsache – auch nichts verloren. An berufsbildenden Schulen machen SchülerInnen bereits erste Berufserfahrung durch das vorgeschriebene Pflichtpraktikum, welches großteils in den Ferien absolviert werden muss, obwohl es Teil der Ausbildung ist. In den meisten Fällen ist es so, dass SchülerInnen beim Pflichtpraktikum normal im Betrieb/Unternehmen mitarbeiten und als vollständige Arbeitskraft eingesetzt werden, und – abgesehen davon, dass sie dort sind um ausgebildet zu werden – nicht oder nur sehr unzureichend bezahlt werden und zusätzlich noch ihre verdienten Ferien dafür verwenden müssen. Das ist nicht gerecht.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Durchgängige politische Bildung als Pflichtfach ab der 5. Schulstufe.
- ⇒ Weg mit dem Konkordat – Religion ist Privatsache!
- ⇒ Weg mit religiösen Symbolen aus öffentlichen Gebäuden und Räumen.
- ⇒ Persönlichkeitsbildung und Soziale Kompetenz für alle statt Religions- und Ethikunterricht in der Schule. Philosophie ab der 5. Schulstufe in allen Schulformen.
- ⇒ Die Unterstützung und Förderung von Mädchen und Burschen, die sich für Berufszweige entscheiden, die nicht den typischen gesellschaftlichen Rollenbildern entsprechen, sowie Genderbeauftragte in den Schulen.
- ⇒ Die Einführung einer Berufs- und Arbeitsweltorientierung als Unterrichtsfach ab der 6. Schulstufe mit Schwerpunkt Arbeitsrecht – dargelegt von ExpertInnen von ÖGB & AK.
- ⇒ Verpflichtender Besuch von Kinderstadt, BIM und BeSt.
- ⇒ Abschaffung von Pflichtpraktika! Stattdessen sollen Programme zur Berufserfahrung eingeführt werden, welche während der Unterrichtszeit, mit klarem, fachspezifischem Tätigkeitsbereich als „normales Dienstverhältnis bzw. Arbeitsverhältnis“ bei kollektivvertraglicher Entlohnung durchgeführt werden.

MOBBING

Die Schule soll ein Ort der Vielfalt, Akzeptanz und Integration sein. Doch auch hier geschehen Konflikte, Streitereien und Ausgrenzung. Einzelne SchülerInnen werden durch ihre SchulkollegInnen angefeindet, gedemütigt und diskriminiert. Laut aktuellen Studien nehmen Mobbingfälle in Schulen immer mehr zu. Mobbing ist massiver Psychoterror, den kleine Gruppen meist gegen Einzelne ausüben. Mobbing verläuft prozesshaft und lässt den Betroffenen in den fortgeschrittenen Stadien kaum eine Chance, sich ohne fremde Hilfe aus diesem Teufelskreis zu befreien. Genau deswegen müssen Beratungsstellen sowie soziale Kompetenztrainings und Anti-Agressionstrainings für SchülerInnen und LehrerInnen angeboten werden.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Verpflichtende Sozial-Kompetenz-Trainings für KlassenlehrerInnen, VertrauenslehrerInnen und SchülerInnenvertreterInnen durch eine überparteiliche Organisation.
- ⇒ Anti-Agressionstrainings durch ausgebildete TrainerInnen für TäterInnen und psychologische Betreuung für Opfer finanziert durch Mittel des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.
- ⇒ Flächendeckende Studie vom Bundesministerium über Mobbing an österreichischen Schulen und Umsetzung von daraus abgeleiteten Maßnahmen.
- ⇒ Verpflichtendes Angebot für flächendeckende, freiwillige Mediationsausbildungen für SchülerInnen.

MITSPRACHE

Mitbestimmung und Demokratie muss schon in den Schulen groß geschrieben werden, denn hier sollte fürs Leben gelernt werden. SchülerInnen muss das Recht eingeräumt und auch ein Raum gegeben werden, um in der Schule mitreden und mitbestimmen zu können. Institutionen wie die LandeschülerInnenvertretung und die BundeschülerInnenvertretung werden oft belächelt und ihre Kompetenzen stark eingeschränkt. Instrumente wie Schülerinnenvollversammlungen oder Mitbestimmung beim Lehrstoff müssen zur Selbstverständlichkeit werden.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Volle Mitsprache für SchülerInnen. Das heißt, ab der AHS-Unterstufe bzw. Hauptschule muss eine rechenschaftspflichtige Vertretung der SchülerInnen gewählt werden. Auf Antrag von 1/3 der SchülerInnen ist eine Neuwahl der SchülerInnenvertretung vorzunehmen.
- ⇒ Den SchülerInnenvertreterInnen wird das Recht zur Einberufung einer Schülerinnenvollversammlung mindestens ein Mal pro Semester eingeräumt.
- ⇒ Der SchülerInnenvertretung muss ausreichend Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden (Budget, Räume, etc.).
- ⇒ Die SchülerInnenvertreterInnen sind für ihre Arbeit vom Unterricht frei zu stellen. Des Weiteren haben DirektorInnen und Lehrkräfte kein Mitspracherecht/Einsichtsrecht in Bezug auf die Tagesordnung dieser Sitzungen.
- ⇒ In Bezug auf die Landes- & BundeschülerInnenvertretung sollen in Zukunft alle SchülerInnen das aktive und passive Wahlrecht erhalten.
- ⇒ Die Bildung eines verpflichtenden Klassenrates, der zusammen mit der Lehrkraft, den Erweiterungsstoff des kommenden Schuljahres diskutiert und bestimmt.
- ⇒ Statt Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) und Schulausschuss sollen diese Aufgaben von gewählten VertreterInnen der SchülerInnen und LehrerInnen übernommen werden, die ihrer Basis rechenschaftspflichtig sind und von ihr auf Vollversammlungen jederzeit abgewählt werden können.

GERECHT GEHT ANDERS AUF DER UNI!

FREIER UND UNEINGESCHRÄNKTER HOCHSCHULZUGANG

Die Lage an den österreichischen Universitäten spitzt sich von Tag zu Tag zu; der Posten im Wissenschaftsministerium wird quasi jährlich neu besetzt und damit geht es mit den Unis immer weiter bergab. Alle „Reformen“, die den Hochschulbereich betrafen, waren ein Rückschritt. Letztendlich ging es immer darum Barrieren und Schranken einzubauen. Die Studiengebühren führten dazu, dass weniger Kinder aus sozial und kulturell benachteiligten Familien an die Unis kamen. So ist der prozentuelle Anteil der Erstzugelassenen deren Eltern keine Matura besitzen von 47,3% im Jahr 1998 auf 40,9% im Jahr 2009 gesunken¹.

Seit Februar 2009 müssen nicht mehr alle Studiengebühren bezahlen. Diejenigen, die in der Mindeststudienzeit liegen, im Vorjahr im Ausmaß der 14-fachen Geringfügigkeitsgrenze gearbeitet haben oder aufgrund von Krankheit, Behinderung, Schwangerschaft etc. nur eingeschränkt studieren konnten, können einen Antrag auf Erlass der Studiengebühren stellen. Das schien auf den ersten Blick auch eine vernünftige Regelung, erwies sich bei genauerer Betrachtung jedoch als kontraproduktiv. Durch die schlechte finanzielle Ausstattung vieler Institute, ist es den meisten Studierenden kaum möglich in Mindeststudienzeit fertig zu studieren. Hinzu kommt, dass ohnehin 62% der Studierenden neben dem Studium arbeiten², um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren und so vermehrt, aufgrund von Zeitmangel, Schwierigkeiten haben, Uni und Arbeit zu vereinen bzw. in Mindeststudienzeit abzuschließen. Abgesehen davon arbeiten viele in prekären Arbeitsverhältnissen, die zusätzlich Probleme haben, ihr Einkommen nachzuweisen, um von den Studiengebühren befreit zu werden. Außerdem müssen auch Zweit- und Drittstudium in Mindeststudienzeit absolviert werden oder dafür Studiengebühren bezahlt werden.

Diese vermeintliche Abschaffung der Studiengebühren kann aber einem breit gefächerten, humanistischen Bildungsideal nicht gerecht werden. Es ist vielmehr eine weitere Verschulung des universitären Betriebs und die Tendenz geht in Richtung noch eindimensionalerer Bildung, welche wiederum nur dann gebührenfrei ist, wenn sie schnell genug absolviert wird.

Anders als bei den AnfängerInnen ist es bei der Gesamtzahl der Studierenden (Universität, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen), hier kommen lediglich 18,9% aus sozial schwächeren Schichten³.

¹ vgl. Studierenden-Sozialerhebung 2009, S. 55

² vgl. Studierenden-Sozialerhebung 2009, S. 134

³ vgl. Studierenden-Sozialerhebung 2009, S. 69

Vom 1. auf das 2. Studienjahr sinkt der Anteil von Studierenden aus sozial schwächeren Schichten um 3%, was auf eine erhöhte Abbruchquote dieser Gruppe in der Studieneingangsphase zurückzuführen ist.⁴

Aufgrund des finanziellen Drucks ist es für viele kaum möglich intensiv zu studieren, weil es nur mehr darum geht in möglichst kurzer Zeit fertig zu werden. Persönliches Interesse und qualitativ hochwertige Forschung werden dabei in den Hintergrund gedrängt. Eine aktuelle Studie zeigt, dass Österreich im EU-Vergleich ein Land der Teilzeitstudierenden ist – nur 44% beschäftigen sich mehr als 30 Stunden pro Woche mit dem Studium und das, weil die meisten überdurchschnittlich stark vom selbstverdienten Geld abhängig sind und verstärkt arbeiten gehen müssen. Der Staat steuert exklusive Kinderbeihilfe – die es seit 1. Juli 2011 nur mehr bis zum 24. Lebensjahr gibt – nur 9% zum Monatseinkommen bei. (Weniger staatliche Mittel haben Studierende nur in Osteuropa und in der Schweiz).

Des Weiteren ist es trotz der Studiengebühren nicht zu einer Verbesserung der Lehrsituation an den Universitäten gekommen, da die Bundesregierung andere Subventionen gekürzt hat. Überfüllte Hörsäle, zu wenig Seminarplätze, ein mangelnde Beihilfensystem, Zugangsbeschränkungen und Knock-Out-Prüfungen machen den Lebens- und Studienalltag für die meisten Studierenden unerträglich.

Die Universitäten platzen aus allen Nähten und sind massiv unterfinanziert. Wir brauchen ein langfristiges Konzept und eine ausreichende Finanzierung! Maßnahmen, wie Zugangsbeschränkungen und Aufnahmeverfahren zeigen nur das Problem auf und sind vollkommen ungeeignet um den Hochschulsektor auf eine solide Basis zu stellen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Ein Hochschulbudget von mindestens 5% des BIP.
- ⇒ Das öffentliche Bildungsmonopol. Bildung ist Aufgabe und Pflicht des Staates, die komplette Übernahme der privaten Hand führt nur zur Elitenbildung und beschränktem Zugang zu Bildung einiger Weniger.
- ⇒ Keine private Finanzierung der Unis! Die substantielle Beteiligung des Staates an den Kosten für Hochschulbildung ist unter den heutigen Bedingungen aus volkswirtschaftlichen Gründen und zur Sicherheit der Chancengleichheit mehr denn je ein Gebot der Stunde.
- ⇒ Keine Ökonomisierung der Universitäten.
- ⇒ Die gänzliche Abschaffung der Studiengebühren für Alle!
- ⇒ Den freien und uneingeschränkten Hochschulzugang für Alle - unabhängig von sozialer oder kultureller Herkunft und Geschlecht.
- ⇒ Das heißt auch, keine Kosten für Studienberechtigungsprüfung und Berufsreifepfung.
- ⇒ Keine Zugangsbeschränkungen, EU-weit.
- ⇒ Ein Studium, das die Selbstorganisation fördert. Selbstbestimmtes Lernen und Leben ohne Konkurrenz- und Leistungsdruck.
- ⇒ Keine Studienplatzfinanzierung.
- ⇒ Abschaffung bzw. Rücknahme von STEOP-Prüfungen und Voraussetzungsketten.
- ⇒ Mindestens fünf Wiederholungstermine pro Prüfung.

⁴ vgl. Studierenden-Sozialerhebung 2009, S. 72

BOLOGNA BA/MA/PHD UND DIE AUSGESTALTUNG DES STUDIUMS

Seit dem WS 2008 sind mit wenigen Ausnahmen alle Studien auf das dreistufige Bologna-System BA/MA/PhD umgestellt. Durch die Umstellung sind für Studierende viele Nachteile entstanden und gleichzeitig bestehende Missstände aus dem Diplomstudium übernommen worden.

Mit der UG-Novelle 2009 können die Universitäten bzw. ihre Institute MA- und PhD-Studiengänge nach Bedarf und Belieben einschränken. So wird der Abschluss eines Bachelor-Studiums zu einer Massenabfertigung, nachdem der Großteil der Studentinnen die Uni wieder verlassen soll. Die Verkürzung der Studienzeit für diesen ersten akademischen Abschluss führte außerdem zu einer Komprimierung des Lehrstoffes, einem hohen Konkurrenzdruck zwischen den Studierenden und zur Ungewissheit, ob und was der Bachelor-Abschluss am Arbeitsmarkt zählt. Umfragen und Berichten zufolge ist für viele Personalverantwortliche der Bachelor-Abschluss kein vollwertiger akademischer Abschluss, nicht konkret einzuordnen und wird eher mit der Matura verglichen; außerdem gibt es keine Regelungen für die Bezahlung.

Mit der Umstellung in das Bologna-System kam es zu einer noch stärkeren Verschulung der Universitäten, zur Einschränkung der Wahlfreiheit bei den Lehrveranstaltungen, zu organisatorischem Chaos an vielen Instituten usw. In der Studieneingangsphase (oder neuerdings Studieneingangs- und Orientierungsphase kurz STEOP) sollen Studierende nur noch möglichst viel Stoff auswendig lernen und bei Multiple-Choice-Tests ihr Kurzzeitgedächtnis rauchen lassen. Zusätzlich dazu kann auch jede Uni selbst entscheiden wie viele Wiederholungen für eine Prüfung angeboten werden. Die Universität Wien entschied sich zum Beispiel für nur eine Wiederholung der Prüfungen in der STEOP. Das stellt gerade für Studierende, die nebenbei arbeiten müssen oder allein erziehend sind, größere Schwierigkeiten dar. Der Zugang zu unseren Universitäten wird nicht nur aus finanziellen Interessen heraus beschränkt, vielmehr geht es um die Reproduktion von Eliten. Neben den immer noch nicht vollständig abgeschafften Studiengebühren, stellen auch die Zugangsbeschränkungen nur den nächsten Schritt zur „Elite-Uni“ für Wohlhabende dar.

Auch ein Auslandsaufenthalt bzw. Auslandssemester, welche ja auch von der Wirtschaft im Lebenslauf immer gewünscht wird, stellt sich mit der Einführung des „Europäischen Hochschulraumes“ für Studierende immer schwieriger dar. Neben dem voll gepackten, verschulten sechssemestrigen Bachelor-Studium auch noch ein Auslandssemester reinzuquetschen ist für viele aufgrund des Konkurrenzdrucks und aufgrund des finanziellen Drucks einfach nicht möglich.

In diesem Zusammenhang darf das Bachelor-Studium nicht zur sozialen Einbahnstraße werden. In der früheren Hoffnung, dass durch den Bachelor-Abschluss der Hochschulzugang auch Gruppen erleichtert wird, die bisher davon ausgeschlossen waren, steht nun (die realistische Gefahr) das Zwei-Klassen-Hochschulmodell gegenüber, in dem nur eine kleine Elite gefördert und wissenschaftlich gebildet wird, während die restlichen Studierenden einer Massenausbildung unter einem beschränkten Employability-Gesichtspunkt unterworfen werden.

Letztlich müssen zur Sicherung dieser Ansprüche die Studierenden an der Organisation und am Inhalt der Ausbildung an Universitäten und Hochschuleinrichtungen teilnehmen und sie beeinflussen. Gerade die gesetzliche Vorgabe für die Gewährleistung studentischer Mitwirkung wurde auf nationaler Ebene aber auch durch das Universitätsgesetz 2002 (UG 2002) und die gängige politische Praxis weitgehend beschnitten.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Zusätzliche Mittel für die zusätzlich entstehenden Aufgaben müssen bereit gestellt werden! Da der Bologna Prozess auf die Verbesserung der Studienbedingungen abzielt, ist er personalintensiv und daher unter Bedingungen der „Kostenneutralität“ oder gar der Senkung staatlicher Bildungsausgaben nicht möglich!
- ⇒ Im europäischen Hochschulraum muss durch zielgerichtete soziale Absicherungsmaßnahmen gewährleistet werden, dass unabhängig von gesellschaftlicher und kultureller Herkunft das Bildungssystem und die Bildungsmobilität von einer wachsenden Zahl von Menschen in Anspruch genommen werden können.
- ⇒ Programme zur Förderung von weiblichen und finanziell und kulturell benachteiligten Studierenden.
- ⇒ Finanzielle Unterstützung von Auslandsaufenthalten.
- ⇒ Uneingeschränkte Anrechenbarkeit von nationalen und internationalen Studien.
- ⇒ Bologna muss zu dauerhafter Berufsfähigkeit führen und lebenslanges Lernen als Kulturauftrag und Rechtsanspruch verwirklichen. Dem widerspricht ein vorherrschender technokratisch reduzierter Ansatz, ein verkürztes Erststudium auf „Grundkenntnisse“ und „Schlüsselqualifikationen“ zu beschränken und die Verantwortung für darüber hinaus gehende Qualifikationen unter dem Etikett „lebenslanges Lernen“ auf den/die Einzelne/n abzuwälzen. Der Zugang zum Weiterbildungssektor muss politisch gestaltet, d.h. rechtlich und institutionell abgesichert werden. Schließlich müssen verschiedene Qualifikationsformen, insbesondere berufliche und akademische Bildungswege, lebensbegleitend gegenseitig durchlässig und anschlussfähig gemacht und zukunftsweisende Reformen an der Schnittstelle zum Arbeitsmarkt umgesetzt werden.
- ⇒ In diesem Zusammenhang dürfen keine weiteren sozialen, kulturellen, finanziellen oder sonstigen Zugangsbeschränkungen eingeführt werden. Bestehende Zugangsbeschränkungen müssen abgebaut werden, wobei auch voruniversitäre Ausbildungswege und ihre soziale Durchlässigkeit im europäischen Kontext zu thematisieren sind.
- ⇒ Jedes abgeschlossene Bachelor-Studium muss automatisch den Zugang zum Masterstudium ermöglichen.
- ⇒ Anerkennung des Bachelor-Abschlusses in der Arbeitswelt auch bezüglich der Bezahlung.
- ⇒ Weg von einem verschulten Hochschulsystem! Das Hochschulstudium muss wieder die Selbstorganisation fördern und auf die Lebensumstände der Studierenden eingehen. So müssen Lehrveranstaltungen auch am Abend und am Wochenende stattfinden, um Arbeit, Leben und Studium besser vereinbaren zu können.
- ⇒ Kostenlose, bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen für Studierende mit Kind
- ⇒ Vermehrter Einsatz und Ausbau von Plattformen für Studierende mit Unterlagen, Skripten, etc. Die kritische Auseinandersetzung zwischen Lernenden und Lehrenden darf darunter nicht leiden.
- ⇒ Ausweitung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Betroffenen durch nationale Gesetz (in Österreich: UG 2002). Gerade die aktuelle Ablehnung, auf die gewisse EU- Vorhaben stoßen (Stichwort EU-Verfassung) zeigen, dass europäische Integrationsprojekte nicht ohne die Einbeziehung der Betroffenen umgesetzt werden können.
- ⇒ Einbeziehen der Personalstrukturen bzw. der wissenschaftlichen Beschäftigungs- und Laufbahnverhältnisse in die Bologna-Debatte.
- ⇒ Ausfinanzierung und Schaffung von Stellen für wissenschaftlichen Nachwuchs.

DEMOKRATISCHE BESTIMMUNG

Das Universitätsgesetz 2002 (UG 2002) hatte eine de facto Ausschaltung der studentischen Mitbestimmung zur Folge; den Höhepunkt bildete jedoch die Novellierung des Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz (HSG), welche der ÖVP-nahen Aktionsgemeinschaft (AG) eine Mehrheit in der ÖH-Bundesvertretung hätte bringen sollen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM FORDERT DAHER:

- ⇒ Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen!
- ⇒ Wiederherstellung der Drittelparität in wichtigen Hochschulgremien.
- ⇒ Wiedereinführung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung.
- ⇒ Rücknahme des UG 2002 sowie Schaffung demokratischer Strukturen an den Universitäten.
- ⇒ Die Vereinheitlichung des Wahlrechts von Uni und FH.

SENSIBILITÄT IN DER SPRACHE FÜR EIN BESSERES MITEINANDER!

Das Erbe des Faschismus in Österreich ist heute präsenter als man denkt. Viele Ausdrücke, Sprichwörter oder auch Lieder, die den Bezug zum Nationalsozialismus nicht immer sofort erkennen lassen, haben es in den alltäglichen Wortschatz sowie unsere Alltagskultur geschafft. Empörung darüber ist jedoch selten und kommt meist nur dann zum Vorschein, wenn eine Person des öffentlichen Lebens derartige Ausdrücke öffentlich gebraucht und die Medien das wahrnehmen, was leider auch nicht immer der Fall ist.

Verschärfend kommt dabei hinzu, dass in unserer Gesellschaft immer mehr Menschen leben, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes nicht unsere Auffassung der Geschichte teilen und daher derartigen Aussagen auch viel unkritischer gegenüberstehen. Auch für sie muss derartiges Wissen zugänglich gemacht werden, wenn wir sie erfolgreich in unserer Gesellschaft integrieren wollen. Dies soll allerdings nicht als Fehler unserer Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund gesehen werden, sondern als Bringschuld der autochthonen Bevölkerung.

Uns als GPA-djp Jugend ist es wichtig, hier sensibilisierend und aufklärerisch zu wirken. Wir als GewerkschaftsfunktionärInnen, BetriebsrätInnen, JugendvertrauensrätInnen oder auch nur einfache Mitglieder sollten hier immer als Vorbild dienen. Um das zu erreichen, müssen wir selbst jedoch erst diese Sensibilität erreichen.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Eine verpflichtende eintägige Schulung zur Sensibilisierung der FunktionärInnen innerhalb ihrer ersten Funktionsperiode bzw. noch vor der nächsten Wahl.
- ⇒ Ein sensibler Umgang mit Sprache bei Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund.
- ⇒ Öffentliches Aufzeigen von Fehlverhalten durch unsere Organisation unabhängig davon, ob dieses innerhalb oder außerhalb selbiger geschieht um so eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

BAUSTELLE BILDUNG!

In Österreich besteht eine 9-jährige Schulpflicht, doch der Großteil der jungen Menschen bleibt dem österreichischen Schul- und Bildungssystem auch noch im Anschluss an ihr 9. vollständig absolviertes Schuljahr treu und verbringt einen großen Teil seiner Zeit damit, sich „aufs Leben vorzubereiten“ und dabei Dinge zu lernen, von denen andere, zumeist viel ältere Menschen annehmen, dass sie dringend erforderlich dafür sind, ein glückliches und erfolgreiches Leben führen zu können. Zugegeben, in die Schule zu gehen und eine gute Ausbildung zu absolvieren ist wichtig. Doch was dabei allerdings leider gerne vergessen wird, ist die Tatsache, dass es in der Schule um mehr geht, als um den Erwerb beruflicher Qualifikationen und gesellschaftlich mehr oder weniger prestigeträchtiger Bildungstitel und Abschlüsse. Die Schule ist wirkungsvolles Instrument zur Reproduktion kultureller Sinnsysteme und Werthaltungen und dient dazu bestimmte Moralvorstellungen, Welt- und Menschenbilder zum Teil über Generationen aufrechtzuerhalten, zu stabilisieren oder auch zu unterwandern. Gerade die „Volkserziehung“ zu Zeiten des Nationalsozialismus und des Austrofaschismus hat gezeigt, dass es alles andere als egal oder nebensächlich ist, welche Inhalte und Fertigkeiten, wann, wie, warum gelehrt, gelernt und durch zahllose Übungen und Wiederholungen antrainiert und gefestigt werden: Denn wenn Rassenlehre und Nationalismus, Teil des Lehrplans sind und auch „Wehrsportübungen“ fix zu den „Leibesübungen“ mit dazu gehören, dann ist es nicht verwunderlich, wenn Werte wie Solidarität, Demokratie und Toleranz auch gesamtgesellschaftlich alles andere als mehrheitsfähig sind.

Die Zeit des Faschismus ist zwar- glücklicherweise- vorbei, die Gefahr der Vereinnahmung des schulischen Unterrichts ist dadurch allerdings weder gebannt, noch langfristig wirklich vom Tisch. Unterschiedliche Personengruppen haben unterschiedliche Interessen und deshalb kämpfen heute, ebenso wie anno dazumal, verschiedene gesellschaftliche Gruppen um Einfluss und hegemoniale Macht im österreichischen Bildungssystem.

Wir von der GPA-djp Jugend sind nicht einverstanden mit der aktuellen Ausrichtung der Schule, da wir der Meinung sind, dass diese den Menschen dienen soll und nicht der Wirtschaft! Wir finden, dass in der Schule junge Menschen dabei unterstützt werden sollen, ihre eigenen Stärken und Schwächen kennen und ihre Persönlichkeit entfalten zu lernen. Sowohl Mädchen als auch Buben soll die Möglichkeit gegeben werden, sich vom Determinismus ihrer geschlechtlichen und sozialen Herkunft zu emanzipieren in die Lage kommen, als vollwertige Mitglieder an den Entscheidungsprozessen unserer demokratisch verfassten Zivilgesellschaft teilzuhaben. Mit Hilfe von Schulbildung sollen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, sich eine eigene Existenzgrundlage zu schaffen und diese auch dauerhaft zu sichern. Sie sollen dabei unterstützt werden, jene Tätigkeiten und Berufe ausüben zu lernen, für die sie sich selbst, aufgrund ihrer individuellen Begabungen, Stärken und Vorlieben entschieden haben.

Individualität und persönliche Freiheit sind wichtige Eckpfeiler jeder tragfähigen Demokratie und deshalb im Unterricht zu fördern. Eine Verfremdung und Pervertierung dieser wichtigen Bürgerrechte im Sinne eines neoliberalen und sozialdarwinistischen „Jeder gegen Jeden“ gilt es allerdings mit allen Kräften zu verhindern. Das Gesetz des Dschungels darf in einer modernen Demokratie wie der unsrigen einfach keinen Platz mehr haben! Chancengleichheit hat Vorrang, sowohl vor den ererbten Privilegien einiger sozialer Eliten, als auch vor den Sonderwünschen einiger weniger Superreichen!!

Leider sind bei uns in Österreich die Bildungschancen alles andere als fair verteilt. Internationale Vergleichsstudien beweisen immer wieder, dass das österreichische Schulsystem hochgradig selektiv und elitär ist. Sowohl der erste Zugang zu Bildung in Form des Kindergartens, als auch die individuellen Lernleistungen und späteren Bildungswege sind bei uns in weitaus stärkerem Ausmaß vom Bildungsniveau der Eltern abhängig als von der individuellen Begabung der Kindes selbst. So gehen AkademikerInnenkinder im Durchschnitt nicht nur früher und länger in den Kindergarten. Sie schneiden auch bei Leistungsmessungen besser ab und gehen um einiges häufiger ins Gymnasium oder auf die Universität als Kinder aus ArbeiterInnenfamilien.

Wir von der GPA-djp Jugend finden diesen Misstand unerträglich und machen uns deshalb dafür stark, alle Barrieren und Bildungsschranken im österreichischen Bildungssystem nachhaltig zu beseitigen. Bildung ist ein Recht und ein Privileg, und wenn es uns allen gleichermaßen gut geht, dann geht es auch der Wirtschaft gut!

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ den flächendeckenden Ausbau von pädagogisch hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen ab dem 6. Lebensmonat,
- ⇒ die Einführung einer gemeinsamen Schule für alle 7 bis 15 Jährigen, in der Lernen, Üben, Freizeit, sowie individuelle Fördermaßnahmen über den ganzen Tag verteilt stattfinden,
- ⇒ Senkung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf maximal 15 SchülerInnen pro Klasse,
- ⇒ Ressourcenorientierung und Kompetenzentwicklung („Output-Orientierung“) als pädagogische Leitlinie des Schulsystems. Alle Kinder sollen bei der Entfaltung ihrer individuellen Potenziale bestmöglich unterstützt werden. Denn es kann nicht sein, dass durch die krampfhaftige Ausrichtung des Schulsystems an einigen prestigeträchtigen und zumeist bildungsbürgerlich geprägten, sozialen Normen dazu führt, dass SchülerInnen als bildungsferneren Schichten gleich doppelt diskriminiert werden.
- ⇒ Abschaffen des Sitzenbleibens!
- ⇒ Einführung eines einheitlichen, transparenten & verbalen Benotungssystems für alle SchülerInnen.
- ⇒ Die gemeinsame Ausbildung aller Lehrerinnen und Lehrer an einer noch zu schaffenden pädagogischen Hochschule.
- ⇒ Streikrecht auch für SchülerInnen.
- ⇒ Evaluation, Benotung und Feedback auch für die Lehrerinnen und Lehrer.
- ⇒ Aufstockung des Bildungsbudgets
- ⇒ Schaffung des Unterrichtsgegenstandes politische Bildung in allen Schulstufen! Hier ist ein besonderes Augenmerk auf die Vermittlung von kollektivvertraglichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu legen. Hierzu ist ein/e ExpertIn der Gewerkschaften oder der Arbeiterkammer beizuziehen.

FÜR EINE NACHHALTIGE ENERGIEVERSORGUNG!

Die beiden Atomkatastrophen in den letzten 25 Jahren müssen uns klar machen, dass Atomkraft keine Option für die Energiegewinnung der Zukunft sein darf. Weiters ist noch immer nicht klar, was mit dem radioaktiven Müll passieren soll. Bis jetzt gibt es auf der ganzen Welt nur Zwischenlager und dies wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern. Deshalb muss der Import von Atomstrom nach Österreich gestoppt werden. Es gab auf der Welt vor der Atomkatastrophe in Fukushima eine Renaissance der Atomkraft. Diese kam aus mehreren Gründen zustande.

1. Der Widerstand der Bevölkerung (Bürgerinitiative) gegen Alternativkraftwerke aller Art
2. Die Klimaschutzauflagen der EU, da Atomkraftwerke kaum CO₂ Ausstoß haben.
3. Infolge der Gaskrise im Frühjahr 2009 gab es ein Umdenken bei vielen Menschen, die nun versuchen Lösungen zu finden um nicht mehr von den Öl- und Gasvorräten anderer Staaten abhängig sein.

Österreich darf sich nicht auf seinen in der Vergangenheit erreichten Ziele in der Gewinnung erneuerbarer Energien ausruhen, sondern sollte weiter diese fördern und sich dafür einsetzen, um sich in Zukunft ausschließlich von erneuerbarer Energie versorgen kann.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Eine sofortige Kontrolle aller bestehenden Atomkraftwerke von unabhängigen KontrolleurenInnen, die eine zuvor besprochene Sicherheit überprüfen (Stresstest).
- ⇒ Regelmäßige, unangekündigte Überprüfungen aller bestehenden Atomkraftwerke innerhalb der EU durch eine unabhängige Behörde,
- ⇒ in weiterer Folge sollen auch alle AKWs außerhalb der EU in regelmäßigen Abständen überprüft werden;
- ⇒ Da der Einkauf von Atomstrom aus dem Ausland oftmals billiger ist, als die Gewinnung desselben aus regenerativen Quellen, fordern wir die Einführung einer eigenen Atomstromsteuer von 20%. Die Einnahmen dieser Steuer sollen zweckgebunden für die Subventionierung von erneuerbarer Energie eingesetzt werden.
- ⇒ Die Absage der Atomenergie soll nicht zugunsten von fossilen Energieträgern geschehen.
- ⇒ Die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke!
- ⇒ Die Atomkonzerne, haben für die Kosten von Strahlungsbedingten Krankheiten und die sichere Lagerung von Atommüll aufzukommen.

ANTRAG 4

Eingebracht von der GPA-djp Jugend Tirol

angenommen

abgelehnt

zugewiesen

VERTRETUNGSORGAN FÜR DIE LEHRE MIT MATURA SCHÜLERINNEN!

In allen betrieblichen bzw. schulischen Ausbildungsstätten für Lehrlinge gibt es ein Vertretungsorgan (JVR, BR, KlassensprecherInnen usw.) gegenüber der ArbeitgeberInnenseite bzw. der LehrerInnen.

Dieses Organ fehlt bei dem Ausbildungsmodell „Lehre mit Matura“ (Bundesmodell). Es ist wichtig, dass auch diesen SchülerInnen eine oder mehrere Personen vorsteht/vorstehen, die sie in für sich wichtigen Belangen vertritt/vertreten.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

⇒ die flächendeckende Einführung eines Vertretungsorgans für die Vorbereitungskurse zur Berufsreifeprüfung (Bundesmodell), das ähnlich wie die VertreterInnen an den Berufsschulen aufgebaut sein soll.

ANTRAG 5

Eingebracht von der GPA-djp Jugend Tirol

 angenommen abgelehnt zugewiesen**URLAUBSANSPRUCH & -GELD FÜR
ZIVIL- & PRÄSENZDIENER!**

In jedem Arbeitsverhältnis in Österreich gibt es einen Anspruch auf bezahlte Freizeit. Der Zivil- und Präsenzdienst stellt ein „Zwangsarbeitsverhältnis“ dar. Nicht nur, dass 1000e junge Männer zu diesem Dienst gezwungen werden und äußerst schlecht bezahlt werden, fehlt auch jeder Anspruch auf bezahlte Freizeit.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ einen aliquoten Urlaubsanspruch für Präsenzdienstler (angelehnt an den gesetzlichen Urlaubsanspruch für ArbeiterInnen und Angestellte).
- ⇒ sowie die Einführung eines „Urlaubsgeldanspruches“ in Höhe einer zusätzlichen monatlichen Entschädigung.
- ⇒ dass Zivildienstler, den arbeits- und kollektivvertraglichen Bestimmungen der Trägerorganisation mit einbezogen werden.

DIENSTFREISTELLUNG FÜR MITGLIEDER VON FREIWILLIGEN BLAULICHTORGANISATIONEN IM UNGLÜCKSFALL!

Täglich werden uns von den Nachrichten Bilder von Unfällen, Bränden, Suchaktionen, Naturkatastrophen usw. auf die Fernseher in unserer Wohnzimmer geliefert. Gleichzeitig wird der Bevölkerung von dem raschen und professionellen Eingreifen der HelferInnen bzw. RetterInnen berichtet und dadurch ein Gefühl der Sicherheit gegeben. Viele dieser Menschen machen dies freiwillig, neben ihrer eigentlichen Arbeit und sind dadurch oftmals von ihren ArbeitgeberInnen abhängig.

Nur wenn sie die Erlaubnis erhalten, während ihrer Arbeitszeit ihren Arbeitsplatz zu verlassen (z. B. Menschen, die bei der freiwilligen Feuerwehr sind), ist es möglich, dieses System der Freiwilligkeit aufrecht zu erhalten und auch weiterhin zu garantieren, dass bei größeren Katastrophen rasche und effiziente Hilfe möglich sind.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ die von der/dem ArbeitgeberIn bezahlte Freistellung von Mitgliedern der freiwilligen Blaulichtorganisationen für die Einsatzdauer
- ⇒ die von der/dem ArbeitgeberIn bezahlte Freistellung von Mitgliedern der freiwilligen Blaulichtorganisationen von der Arbeit im Ausmaß eines Arbeitstages, bei Einsätzen welche weniger als 3 Stunden vor Dienstbeginn beendet wurden und die Einsatzlänge von einer halben Stunde überschreitet
- ⇒ die von der/dem ArbeitgeberIn bezahlte Freistellung von der Arbeit im Ausmaß eines Arbeitstages, bei mehreren Tagen Katastropheneinsatz und ab jedem vollendeten 7. durchgehenden Einsatztag soll es zusätzlich eine Erhöhung der Freistellung um einen weiteren Arbeitstag geben.

VERSTÄRKTE FÖRDERUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG!

Es gibt in den verschiedenen Gesetzestexten, besonders im Behinderteneinstellungsgesetz (BEinstG) verschiedenste Regelung zur Integration benachteiligter Personen. Leider fallen die Regelungen hier zum Thema Jugendliche um einiges weniger üppig aus.

Direkt am Beginn des Gesetzes, werden Dienstgeber in die Pflicht genommen, auf 25 DienstnehmerInnen, einen laut dem Gesetz „begünstigten Behinderten“ einzustellen, jedoch fehlt ein Anreiz und Regelungen für Jugendliche. Weiters schließt diese Regelung Jugendliche in einer Berufsausbildung als begünstigt behinderte Person aus und unterstützt somit nur Dienstverhältnisse außerhalb der Berufsausbildung.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Ausweitung des BEinstG § 1 Abs 1 mit denselben Auflagen auf Lehrlinge. (je 50 DienstnehmerInnen ist der/die DienstgeberIn verpflichtet mindestens 1 Jugendlichen mit Behinderung auszubilden) und den dadurch verbundenen Sanktionsmechanismen.
- ⇒ Evaluierung der Integrativen Berufsausbildung
- ⇒ Ausbau der Begleitung der integrativen Ausbildung
- ⇒ Verpflichtende pädagogische Ausbildung für die AusbilderInnen
- ⇒ Erhöhung der Strafzahlungen, damit verbunden eine Direktwidmung zur Unterstützung der geforderten Maßnahmen

VERLÄNGERUNG DER PFLEGEFREISTELLUNG!

Die aktuelle, gesetzliche Regelung zur Pflegefreistellung findet sich im § 16 des Urlaubsgesetzes (UrlG) und sieht vor, dass bei einem Krankheitsfall ArbeitnehmerInnen pro Dienstjahr eine Pflegefreistellung im Ausmaß von 1 Woche (2 Wochen bei Betreuung eines Kindes unter 12 Jahre) in Anspruch nehmen können.

Pflegefälle sind gerade heutzutage keine Seltenheit mehr, viele dieser Menschen werden dauerhaft Zuhause gepflegt. Besonders davon betroffen sind allein erziehende Väter bzw. Mütter. Kinderkrankheiten können oftmals sehr lange andauern bzw. in kurzen Abständen hintereinander kommen.

Eltern sind demnach gezwungen nach ihren 2 Wochen Pflegefreistellung auch noch ihren eigenen eigentlichen Urlaub, (welcher zur Erholung dienen sollte) zu opfern, um weiterhin ihre Kinder betreuen zu können.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ die Anhebung der Pflegefreistellung lt. §16 (1) von 1 auf 2 Wochen
- ⇒ die Anhebung der Pflegefreistellung lt. §16 (2) UrlG von 2 auf 4 Wochen bei der Betreuung eines Kindes welche das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

UMBENENNUNG VON STRASSEN-, GASSEN-, PLATZNAMEN BZW. GEBÄUDEN & EINRICHTUNGEN DIE NACH NS-VERBRECHERINNEN BENANNT SIND!

Es ist bekannt, dass österreichische Taten in der NS-Zeit oftmals verschwiegen wurden. In letzter Zeit kam es aber – zum Glück – zu einem Umdenken und einer Aufarbeitung dieser Zeitspanne. Man schließt nicht mehr die Augen vor den Gräueltaten der NationalsozialistInnen, sondern bekennt sich der Mitschuld an den Verbrechen. Es gibt heute noch viele Zeugnisse, die auf diesen dunklen Teil der Geschichte verweisen.

In Kramsach ist etwa die Landesmusikschule nach Sepp Tanzer benannt. Sepp Tanzer war Gaukapellmeister, der sich nicht nur mit dem Nationalsozialismus identifizieren konnte, sondern auch noch den Gauleiter Franz Hofer bewunderte. Um in die Gunst des Gauleiters zu kommen, komponierte Tanzer eigens für Hofer einen Marsch.

Es ist zu bezweifeln, ob es pädagogisch sinnvoll ist, einer Musikschule, in der nachkommende Generationen musizieren sollen und Erfahrungen sammeln, den Namen eines Mannes zu geben, der Anteil an der NS-Verherrlichung in Tirol hatte. Infrage gestellt werden sollte vor allem, ob es wirklich tragbar ist, den Kindern das Bild zu vermitteln, dass man einen Mann ehrt, der die Musik willfährig in den Dienst einer diskriminierender, rassistischer und totalitärer Politik stellte und somit der Musik ihre Neutralität und Unschuld beraubte.

Dies soll als Beispiel dienen, doch beschränkt sich dieser Umstand nicht nur auf pädagogische Einrichtungen, sondern auch auf viele Straßen-, Gassen und Platznamen.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Errichtung einer politisch unabhängigen Stelle zur Meldung von Ortsbezeichnungen (Gebäude, Straßennamen, etc.), die eine nationalsozialistische Vergangenheit aufweisen
- ⇒ Überprüfung von Einrichtungen und Plätzen von einer politisch unabhängigen Kommission, deren WissenschaftlerInnen wie auch NGOs (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes DÖW) angehören sollen.
- ⇒ Überprüfung der Benennung von pädagogischen Einrichtungen auf deren Richtigkeit und Rolle in der NS-Geschichte
- ⇒ Bei der Neubenennung eine verstärkte Berücksichtigung von Frauen und deren Leistungen.

ANERKENNUNG DER BERUFSREIFEPRÜFUNG!

Die BRP bietet neben der „Externistenprüfung“ die einzige Möglichkeit für Berufstätige (ohne BHS-Vorbildung) ein Reifeprüfungszeugnis zu erlangen. Damit verbunden ist auch der Hochschulzugang.

Der derzeitige Anerkennungs-Status der Berufsreifeprüfung ist ungenügend. So wird die Berufsreifeprüfung z.B. im NÖ-Landesdienst nicht als Reifeprüfung anerkannt. Weiters besteht eine erhebliche Benachteiligung der BRP gegenüber der BHS/AHS-Reifeprüfung („Matura“) im EU-Inland. (z. B.: Das Studium an einer Universität in Deutschland ist mit der BRP erst möglich nachdem zwei Semester in Österreich studiert wurde. Hingegen mit einer BHS/AHS-Reifeprüfung ist das Studieren in Deutschland ohne „Vorstudium“ in Österreich möglich.)

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Die absolute und uneingeschränkte Gleichstellung der BRP mit einer BHS/AHS-Reifeprüfung in Österreich sowie innerhalb der Europäischen Union.
- ⇒ Finanzielle Sanktionen gegenüber Unternehmen welche die BRP nicht als vollwertige Reifeprüfung anerkennen.
- ⇒ Einrichtung einer Beschwerde- und Sanktionierungsstelle innerhalb der Europäischen Union

JUNG UND GSUND!

Ein Ziel von Prävention ist, die Entstehung von Krankheiten zu vermeiden, indem man Risikofaktoren ausschaltet. Daher ist es besonders wichtig, damit nicht erst im „Erwachsenenalter“ zu beginnen, sondern auch schon bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Viele Jugendliche leiden an so genannten Burnout-Syndrom weil sie dem enormen Leistungsdruck in Schule, Uni oder Betrieb nicht standhalten. Ein großer Teil der betroffenen Jugendlichen greift daher zu verschiedenen Suchtmitteln oder leidet an anderen psychosomatischen Erkrankungen. Um dies zu verhindern, sollte man an den Schulen, Unis und in den Betrieben Möglichkeiten zur Entspannung schaffen. Dies sollte im Rahmen eines Unterrichtsgegenstandes erfolgen. Im Betrieb sollte die Zeit zur Dienstzeit gerechnet werden.

Die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbringen circa ein Drittel ihres Tages am Arbeitsplatz. Die eigenen Potenziale können oft nicht entfaltet werden, viele Jugendliche fühlen sich oft unter- oder überfordert. Diese Faktoren belasten die Jugendlichen, was wiederum zu einer Beeinträchtigung ihrer Gesundheit führt. Es ist daher notwendig, zur Aufrechterhaltung der Gesundheit der Jugendlichen präventive Maßnahmen zu treffen, indem man den Jugendlichen geeignete AnsprechpartnerInnen für alle Probleme und Angelegenheiten zur Verfügung stellt.

Außerdem sollen die Jugendlichen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Ideen in den Betrieb einzubringen und auch entsprechende Anerkennung finden. Selbstverwirklichung und Anerkennung fördern die Gesundheit. Die Jugendlichen und die jungen Erwachsenen sollen die Möglichkeit haben, Dinge zu beeinflussen und den Betrieb mit gestalten zu können. Dies wirkt sich positiv auf die Gesundheit aus. Der Abbau von Konflikten sowie die Fähigkeit zur Problemlösung spielen eine große Rolle in der Gesundheitsvorsorge. Der Betrieb sollte daher Workshops oder Seminare zu diesen Themen anbieten.

Als Ausgleich zur Arbeit fordern wir das Angebot von Freizeitaktivitäten, denn je größer die Belastungen sind, umso wichtiger sind die persönlichen und sozialen Ressourcen. Dies kann in Form von sportlichen Aktivitäten wie z.B. einem „Lauftreff“ erfolgen. Um diese Aktivitäten nicht zu einem weiteren Stressfaktor werden zu lassen, sollten sie zum überwiegenden Teil während der Arbeitszeit stattfinden.

Viele Lehrlinge im Angestelltenbereich verbringen einen Großteil ihrer täglichen Arbeitszeit sitzend vor dem Bildschirm. Falsche Sitzhaltung sowie unzureichende Bildschirm-pausen stellen eine Gefahr für die Gesundheit der Jugendlichen dar. Die LehrlingsausbildnerInnen müssen für ausreichende Bildschirm-pausen sorgen. Auch über richtiges Tragen und Heben wissen die wenigsten Jugendlichen Bescheid. In den Lehrbetrieben sollen daher Vorträge, bzw. Schulungen zum Thema „Rückenschule“ stattfinden. Nur so können Haltungsschäden vermieden und Berufskrankheiten vorgebeugt werden.

Ein wesentlicher Faktor in der Gesundheitsvorsorge für Jugendliche und junge Erwachsene ist auch die Ernährung. Vielen fehlt die Zeit zum Kochen und sie ernähren sich

überwiegend von Fast Food. Die Folge davon sind Übergewicht und Stoffwechselerkrankungen. Es sollte daher in allen Schulen, Unis und Betrieben ein gesundes Jausenbuffet und ein gesunder Mittagstisch angeboten werden.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene nehmen viel zu wenig Flüssigkeit zu sich. Ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsprävention ist, Wasserspender bzw. Mineralwasser kostenlos zur Verfügung zu stellen. Auch kostenloses Frischobst würde zur Gesundheitsförderung beitragen.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Entspannungstechniken in Betrieb/Schule/Uni anzubieten
- ⇒ geeignete AnsprechpartnerInnen für alle Probleme und Angelegenheiten der Jugendlichen
- ⇒ Seminare beziehungsweise Workshops zur Konfliktbewältigung und Problemlösung in Betrieb, Schule, Uni
- ⇒ Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung
- ⇒ dass in Lehrbetrieben die AusbilderInnen für ausreichende Bildschirm-pausen sorgen
- ⇒ Vorträge bzw. Schulungen zum Thema Rückenschule in Betrieb, Schule, Uni
- ⇒ gesündere Jausenbuffets und gesündere Mittagstische in Betrieb, Schule, Uni
- ⇒ kostenloses Wasser bzw. Mineralwasser und kostenloses Frischobst in Betrieb, Schule, Uni

ZUKUNFT MIT HINDERNISSEN! ÜBERGANG FÜR JUNGE ENGAGIERTE FUNKTIONÄRINNEN INNERHALB DER GEWERKSCHAFT!

Die Türen, um in der Gewerkschaft mitarbeiten zu können stehen angeblich ganz weit offen. Aber die derzeitige Situation zeigt auf, dass dies beim Übergang von der Jugend in den Erwachsenenbereich nicht wirklich der Fall ist. Um im Erwachsenenbereich in Gremien mitarbeiten zu können, muss man über eine Betriebsratsfunktion bzw. in der GPA-djp über eine Interessensgemeinschaft delegiert sein. Wenn dies nicht der Fall ist, kann man auch innerhalb der Gewerkschaft nicht in Gremien mitarbeiten. Das ist auch der Grund, warum sehr viele, inhaltlich auf einem hohen Wissensstand stehende FunktionärInnen nach dem Jugendbereich nur selten im Erwachsenenbereich weiter aktiv sind.

Jugend ist Zukunft – das sollte in der Gewerkschaft nicht anders sein. Daher ist es dringend notwendig zu evaluieren, wie man diese FunktionärInnen auch im Erwachsenenbereich in der Gewerkschaft halten kann.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Schaffung einer Möglichkeit für junge FunktionärInnen (ohne BR Funktion) innerhalb der Gewerkschaften aktiv zu werden, um hier mitbestimmen und mitgestalten zu können.
- ⇒ Gestaltung eines Folder für Mitglieder, in dem erläutert wird, wo, wie & wann man die Gewerkschaft unterstützen bzw. als Mitglied mitbestimmen und auch mitgestalten kann. Schaffung eines Jugendpools, in dem junge aktive FunktionärInnen verankert sind, auf diese man zurückgreifen kann.
- ⇒ Regelmäßige Generationentreffen zum Austausch und um Netzwerke zu bilden

NEIN ZUR DIKTATUR DER BANKEN!

Einer Umfrage kurz vor der Abstimmung über das neueste Sparpaket im griechischen Parlament zufolge waren 75% der griechischen Bevölkerung gegen diese Maßnahmen, die Bedingung für weitere Zahlungen von IWF und EU waren. Diese „Rettungspakete für die Griechen“ helfen keineswegs den griechischen ArbeiterInnen, Angestellten, Jugendlichen und PensionistInnen. So beinhaltet etwa allein das letzte Sparpaket Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst von 15%, für Angestellte und ArbeiterInnen in Staatsbetrieben gar 30%. Das Renteneintrittsalter wird auf 65 Jahre angehoben (wobei für volle Bezüge 40 Beitragsjahre notwendig sind), die Mehrwertsteuer steigt an und eine riesige Privatisierungswelle geht durch das Land. Diese Liste von Angriffen auf den Lebensstandard der einfachen Bevölkerung könnte noch lange weitergeführt werden. Dagegen kämpften und kämpfen hunderttausende mit Demonstrationen, Streiks und Generalstreiks. Ihnen gehört unsere vollste Sympathie und Solidarität! Auf der anderen Seite ist auch die Mehrheit in den anderen europäischen Ländern gegen weitere Zahlungen. Die europäische Kommission und die einzelnen Regierungen, auch die österreichische Bundesregierung, stellen sie aber als „alternativlos“ hin. Alternativlos sind sie aber nur für die Kapitalisten. So hielten allein deutsche und französische Banken Mitte des Jahres zusammen griechische Staatsanleihen im Wert von ca. € 37 Milliarden. Diese müssten sie zu einem großen Teil abschreiben, wenn Griechenland zahlungsunfähig würde. Die „Rettungspakete“ geben ihnen jedoch auf Kosten der Steuerzahler (und damit vor allem der europäischen Arbeiterklasse) Zeit, sich aus diesem riskanten Gebiet zurückzuziehen. Wieder einmal werden die Verluste vergesellschaftet. Um dies zu verschleiern hat eine regelrechte Hetzkampagne in den Medien gegen die „faulen Griechen“ begonnen, die angeblich zu viel verdienen würden und zu früh in Rente gingen. Die einzigen, die in Griechenland wirklich faul sind, sind jedoch die Besitzer der Banken, die Schiffsreedere und die Großunternehmer, die es ihren Kumpanen weltweit gleichtun und weiterhin unbeeindruckt von der Krise Milliarden scheffeln. Dieses Verhalten zeigt, wie weit der Einfluss der Banken und Konzerne (und damit ihrer Besitzer) über die gewählten Regierungen und die Gesellschaft als Ganzes geht. Die GPA-djp Jugend schließt sich deshalb der südeuropäischen Jugend in ihrem Ruf nach „Wahre Demokratie jetzt!“ an.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Eine Ablehnung der neuen Bankenrettungspakete, die als Staatshilfen maskiert werden! Die Abgeordneten, die Verbindungen zum ÖGB haben, müssen im Nationalrat gegen solche Gesetzesvorlagen stimmen.
- ⇒ Eine Verstaatlichung der gesamten österreichischen Finanzindustrie unter der demokratischen Kontrolle der Beschäftigten! Solange dieser Sumpf nicht ausgetrocknet ist, wird die griechische Arbeiterklasse weiterhin die volle Wucht der Angriffe tragen müssen.
- ⇒ Eine starke Gegenstimme gegen die Diffamierung unserer griechischen KollegInnen! Wir müssen den Lügen der großen Medien unsere Solidarität entgegensetzen und erklären, dass wir letzten Endes nicht die Interessen der Österreichischen Banken und Konzerne teilen, sondern die unserer KollegInnen in Griechenland und weltweit.
- ⇒ Das dieser Antrag und eine Aufforderung diesen Beschluss ernst zu nehmen, ergeht an alle NR-Abgeordneten, die mit dem ÖGB in Verbindung stehen!

RECHTE POLITIK IST MENSCHENFEINDLICH!

In unzähligen Anträgen haben wir bereits vor rechter und rechtsextremer Ideologie gewarnt und auch genügend Argumente dagegen vorgebracht. Auch die Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen gegen diese Art von „Politik“ wurde und wird von der GPA-djp Jugend unterstützt und (mit)organisiert. Leider ist dieses Problem noch immer aktuell. Vermehrt schließen sich Rechtsextreme zusammen, gründen Parteien, marschieren durch die Städte und zeigen Präsenz im Internet. Doch auch im Parlament, den Landtagen und den Gemeinderäten verbreiten rechtsextreme PolitikerInnen ihre rassistischen und ausländerInnenfeindlichen Botschaften.

Martin Graf wurde zum 3. Nationalratspräsidenten gewählt. Er ist bekennendes Mitglied der schlagenden Burschenschaft Olympia, welche vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als rechtsextreme Organisation eingestuft wird. Auszug aus einem Flugblatt der Burschenschaft Olympia: „Bist du hässlich, fett, krank oder fremd im Lande, bist Du von Sorgenfalten, Weltschmerz oder linksliberaler Gesinnung gepeinigt, trägst Du alternative oder Schicki-Kleidung oder gar ein Flinslerl im Ohr, studierst du Psychologie, Politologie oder Theologie oder gar nicht, hast du den Wehrdienst verweigert oder eine Freundin mit, die weder schön noch still ist, kurz: bist Du auf irgendeine Weise abnormal oder unfrohlich, dann bleib lieber zu Hause.“

Susanne Winter ist Nationalratsabgeordnete und wurde am 22. Jänner 2009 wegen Verhetzung zu einer Geldstrafe und einer bedingten Freiheitsstrafe verurteilt. Teil der Anklage war, dass Susanne Winter bei einem Vortrag in einer Grazer Schule folgende Forderung (wegen der auch ihr Sohn bereits verurteilt wurde) von sich gegeben hat: „Wir sollten im Stadtpark ein Tierbordell errichten, damit die muslimischen Männer dorthin gehen können und sich nicht an den Mädchen im Stadtpark vergreifen.“

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ die GPA-djp auf, alle rechtsextremen Aussagen und Handlungen öffentlich zu verurteilen.
- ⇒ die Arbeit im Bereich Antifaschismus und Antirassismus weiterzuführen und auszubauen.
- ⇒ die Unvereinbarkeit einer ÖGB-Mitgliedschaft mit der Mitgliedschaft in rechten Organisationen, die öffentlich rechtsradikales Gedankengut verbreiten wie z.B. die NVP, ...

BILDUNGSDOKUMENTATIONSGESETZ!

Das Bildungsdokumentationsgesetz, ausgegeben als 12. Bundesgesetz über die Dokumentation im Bildungswesen, trat am 1. Jänner 2003 in Kraft. Danach werden Schulen und andere Bildungseinrichtungen verpflichtet, verschiedene Daten an das Bildungsministerium weiterzuleiten.

- ⇒ Das Bildungsministerium begründet das Sammeln der Daten beziehungsweise das Gesetz mit folgenden Argumenten:
- ⇒ Die „bildungspolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU, Europarat, UNESCO und OECD“ wird durch das Bildungsdokumentationsgesetz möglich;
- ⇒ „Statistische Daten über den Bildungsstand der Bevölkerung sind die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Bildungs- und Standortplanung“;

Nach „der Volkszählung 2001 wird es keine weiteren Zählungen dieser Art mehr geben.“ Schließlich treten an ihrer Stelle die sogenannte „befragungsbefreite Volkszählung“, wie zum Beispiel das Bildungsdokumentationsgesetz;

Außerdem werden folgende Daten für 20 Jahre von Schülerinnen und Schülern gesammelt:

- ⇒ Geburtstag, Wohnort, Geschlecht, Beginn der Schulpflicht, Staatsangehörigkeit, Muttersprache und sonderpädagogischer Förderbedarf;
- ⇒ Stand der aktuellen Ausbildung;
- ⇒ Schulstufe;
- ⇒ ordentlicher oder außerordentlicher SchülerIn;
- ⇒ Besuch von bilinguaem Unterricht;
- ⇒ Nutzung schulischer Nachmittagsbetreuungsangebote;
- ⇒ Teilnahme an Ethikunterricht oder Religionsunterricht (aber nicht das Religionsbekenntnis);
- ⇒ Schulerfolge (Anzahl der Nicht Genügend in Pflichtgegenständen, Anzahl der angetretenen Wiederholungsprüfungen, Zahl der Wiederholungsprüfungen);

Diese personenbezogenen Daten werden der Sozialversicherungsnummer zugeordnet. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass die Bildungsdaten auch mit Informationen über Einkommen (beispielsweise auch das der Eltern), Gesundheit, Daten der Privatversicherungen, der Arbeitsmarktverwaltung und sogar der Bausparverträge miteinander verknüpft werden können.

Die erfassten Schülerinnen- und Schülerdaten werden dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ mitgeteilt (lediglich bei der Statistik werden die Daten entpersonifiziert). Allerdings können auch aufnehmende Schulen, Schulbehörden, SchulerhalterInnen, Gerichte und Bundesstellen (z.B.: SchülerInnenfreifahrt, Familienbeihilfe) die Daten abfragen.

Mit diesem Gesetz wird die Grundlage geschaffen, die den gläsernen Bürger ermöglicht: Obwohl die Weitergabe der Daten an private Interessen (Vereine, Wirtschaftsunternehmen,...), Kammern, Sicherheitsbehörden und Kirchen momentan verboten ist und bestraft wird, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, dass die Wirtschaft eine Möglichkeit findet, die Vernetzung verschiedenster Informationen für sich zu nutzen. Aber nicht nur das, anhand der vorhandenen Daten kann unter anderem auch die soziale Selektion an Bildungseinrichtungen verstärkt werden.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Schülerinnen und Schüler sind über das Bildungsdokumentationsgesetz und ihre Auswirkungen durch eine breite Agitation seitens der GPA-djp Jugend zu informieren und aufzuklären;
- ⇒ Die Sozialversicherungsnummer darf unter keinen Umständen und in welcher Form auch immer zum Zwecke der Bildungsdokumentation verwendet werden.
- ⇒ Darüber hinaus darf auch kein anderes personenbezogenes Kennzeichen Verwendung finden.

LEISTBARES WOHNEN

Die Lebenshaltungskosten steigen immer weiter an, was insbesondere alltägliche Dinge, wie Lebensmittel und Wohnkosten betrifft. Viele Menschen sind tagtäglich gezwungen, um ihr finanzielles Auskommen zu kämpfen – vor allem junge Menschen sind davon betroffen.

Der akute Wohnungsmangel in vielen Städten treibt die Mietpreise in unwirkliche Höhen - VermieterInnen lachen sich ins Fäustchen und können ungeniert abkassieren. Vielfach werden zu hohe Quadratmeterpreise verlangt, die Betriebskosten sind undurchsichtig und Kauttionen werden ungerechtfertigter Weise einbehalten. Wohnen muss leistbar sein, auch wenn man nicht zu den oberen 10 000 gehört.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ Einführung von Kautionsobergrenzen (max. 2 Monatsmieten)
- ⇒ Abschaffung der Vergebührung von Mietverträgen
- ⇒ Wohnbeihilfe für alle in Ausbildung stehende bis mind.27 Jahre
- ⇒ Rücknahme der Streichung der Förderung von Gebäudesanierungen für Studierendenheime

FAMILIENBEIHILFE - WO IST DIE HILFE?

"Die Familienbeihilfe ist eine der wesentlichsten Säulen des Systems der österreichischen Familienförderung. Als direkte Transferleistung an die Anspruchsberechtigten sollen Kosten, die Eltern auf Grund ihrer Unterhaltspflicht gegenüber den Kindern entstehen, ausgeglichen werden. Unbestritten stellt die Familie, neben dem privaten Interesse der Eltern, einen großen gesellschaftlichen Wert dar. Sie erfüllt viele Funktionen, die durch den Staat alleine nicht bewältigt werden könnten. So sichert sie den Weiterbestand der Gesellschaft, befriedigt die menschlichen Grundbedürfnisse der Kinder und sorgt für deren Erziehung und Entwicklung." (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (www.bmwfj.gv.at/Familie/FinanzielleUnterstuetzungen/familienbeihilfe/Seiten/default.aspx))

Dieser Auszug stellt klar, was es mit der Familienbeihilfe auf sich haben sollte, allerdings sieht dies in der Realität anders aus. Im Moment bekommen Erziehungsberechtigte für ihr/e Kind/er zwischen 105 und 250 Euro im Monat - abhängig vom Alter und der Anzahl der/des im Haushalt lebenden Kinder/es. Dies birgt zwar eine Unterstützung für Eltern Minderjähriger die im selben Haushalt wohnen, jedoch können die entstehenden Kosten bei Kindern, die beispielsweise auf eine Universität in einem anderen Bundesland gehen mit diesen Förderungen keinesfalls gedeckt werden. Zusätzlich ist nun das Bezugsalter von vormals 26 auf 24 Jahre beschränkt worden. Das bedeutet, dass Studierende ab dem 24. Geburtstag keinen Anspruch mehr auf Familienbeihilfe haben.

Außer:

- es wurde vor dem 24. Lebensjahr ein Zivil- oder Präsenzdienst geleistet
- es wurde ein Kind geboren oder es liegt eine Schwangerschaft vor
- wenn das Studium mit dem 19. Lebensjahr begonnen wurde und ein Studium mit einer Mindestdauer von 10 Semestern betrieben wird
- min. 8 Monate Sozialdienst geleistet wurde
- oder eine 50%ige Behinderung vorliegt

In diesen Fällen wird die Familienbeihilfe ein weiteres Jahr lang ausbezahlt.

Ein einfaches Rechenbeispiel: Ein Junge wurde im Dezember 1990 geboren, beginnt mit der Grundschule demnach erst 1997 und entschließt sich 2001 für eine AHS Unterstufe, 2005 für eine HAK (5jährige Oberstufe). 2010 schließt er mit Matura ab und beginnt mit dem Zivil- oder Präsenzdienst. Wenn er diesen abgeschlossen hat ist es 2011 und der junge Mann beginnt im Herbst ein Studium. Zu diesem Zeitpunkt ist er knapp vor seinem 21. Geburtstag. Das heißt es bleiben ihm noch etwas über vier Jahre (unter Berücksichtigung der oben angeführten Sonderregelung für Zivil- oder Präsenzdienstleistende) sein Studium innerhalb der Bezugsdauer der Familienbeihilfe abzuschließen. Ein Masterstudium (6 Semester Bachelor, 4 Semester Master) ist somit unmöglich abzuschließen. Nicht einmal dann, wenn die Situation auf den Universitäten es zulassen würde in Mindeststudienzeit zu studieren.

Dieses Beispiel ist nur eines von vielen und in keinster Weise ein seltenes.

Abgesehen davon, dass es also nicht möglich ist ein Studium innerhalb der Bezugsphase der Familienbeihilfe abzuschließen, ist es auch nicht möglich mit dieser Förderung ohne Unterstützung der Erziehungsberechtigten oder einem Nebenjob alle lebensbegleitenden Kosten zu decken.

Leider wird von vielen Leuten nicht verstanden, dass das Studium ein Vollzeitjob ist. Mit den vielen unsozialen, studierendenfeindlichen Maßnahmen ist ein Studium in annähernd Mindeststudienzeit kaum möglich, außer die Eltern können etliches an Geld zuschießen

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

- ⇒ eine sofortige Anhebung der Auszahlung der Familienbeihilfe bis zum 27. Lebensjahr
- ⇒ eine sofortige Anhebung der Familienbeihilfe auf ein lebenserhaltendes Niveau (inkludiert für Studierende die in einer anderen Stadt als dem Hauptwohnsitz der Erziehungsberechtigten studieren die Kosten für Miete, Nebenkosten, Studienunterlagen, Semesterticket etc.) -> Grundstipendium!
- ⇒ die Auszahlung der Familienbeihilfe an alle Menschen ab dem 16. Lebensjahr!
- ⇒ Studierende sollen die Möglichkeit haben zu studieren und nicht nebenbei arbeiten müssen!
- ⇒ Anrechnung zumindest der Mindeststudiendauer des jeweiligen Studiums als Pensionszeiten
- ⇒ gratis Sozialversicherung für alle Studierende welche seitens des Bundes zu bezahlen ist!

NO WKR!

„In den Gefängnissen des Faschismus und in der Illegalität wurde die Grundlage für die Gründung der Österreichischen Gewerkschaftsbewegung geschaffen. der gemeinsame Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus war dabei Antrieb und Motivation. im Sinne dieses antifaschistischen Auftrags der Österreichischen Gewerkschaftsbewegung: geben wir den rechten Hetzern, die bewusst auf Diffamierungen und Tabubrüche setzen keine Chance. Weder in Österreich noch in Europa.“

Diese auf dem 17. Bundeskongress des ÖGB im Juli 2009 einstimmig beschlossenen Grundsätze verlangen den entschiedenen Protest der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gegen den Ball rechtsextremer Burschenschaftler am 27.01.2012 in der Wiener Hofburg.

Schlimm genug, dass ein solches Treffen der Eliten der rechtsextremen, rassistischen und neofaschistischen Szene Europas bisher stattfinden konnte. Die Aufwertung dieses Treffens durch einen symbolstarken Ort wie die Hofburg ist für AntifaschistInnen aber erst recht nicht hinnehmbar!

Österreichische und internationale Erfahrungen zeigen, dass Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung und ihre Rechte immer ganz oben auf der Tagesordnung rechtsextremer Parteien stehen.

Rassistische Hetze gegen unsere migrantischen KollegInnen vergiftet das Klima unter den Beschäftigten in den Betrieben. Diesen Gefahren stellt sich die österreichische Gewerkschaftsbewegung entschlossen entgegen.

DAHER FORDERT DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM:

⇒ Der ÖGB soll sich für ein WKR-Ball-Verbot einsetzen und für die „NO WKR“ Demo mobilisieren.

SOLIDARITÄT MIT ARBEITERINNEN IN KASACHSTAN

Teil 1: Seit bald fünf Monaten befinden sich die ArbeiterInnen auf den Ölfeldern von Aktau und Schanaösen im Streik. Sie kämpfen nicht nur für höhere Löhne, sondern auch für das Recht sich in unabhängigen Gewerkschaften zu organisieren. Dabei sind sie heftigster Repression durch das kasachische Regime ausgesetzt, dass auch vor Gewalt nicht zurückschreckt. Aufgrund der Hungerlöhne und durch das Fehlen unabhängiger Gewerkschaften mangelt es an einer Streikkasse. Seit Monaten haben die ArbeiterInnen kein Einkommen. Deshalb sind wir gefragt unserer Solidarität auch praktische Unterstützung folgen zu lassen. Durch Spendensammlungen, honorierte Artikel für Gewerkschaftszeitungen oder auch direkte Spenden können wir unseren Beitrag für den erfolgreichen Arbeitskampf unserer KollegInnen liefern.

Spendenkonto des irischen Europaparlamentariers Paul Murphy (Socialist Party):

Worker´s Solidarity Fund

IBAN BE29 7340 3242 2964

BIC KREDBEBB

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM BESCHLIEBT DAHER:

- ⇒ Wir erklären uns solidarisch mit dem Streik der ÖlarbeiterInnen von Aktau und Schanaösen im Westen Kasachstans. Die GPA-djp Jugend wird im Rahmen ihrer Mittel versuchen den Streik auch aktiv zu unterstützen.
- ⇒ Sie wird weiterhin auch versuchen Geld zur Unterstützung der Streikenden KollegInnen und ihrer Familien zu sammeln.

Teil 2: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Kasachstan sind katastrophal. Das Land ist de facto eine Diktatur. Wer sich wehrt - wie die ÖlarbeiterInnen und ihre UnterstützerInnen, wird brutal verfolgt. Die Repression soll verhindern, dass Menschen sich verbünden um gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. Wir als GewerkschaferInnen kennen den Wert von Solidarität für die internationale ArbeiterInnenbewegung. Die Angeklagten haben eine wichtige Rolle für den Streik der ÖlarbeiterInnen, da sie auch im Land Solidarität organisieren. Diese Protestnote kann den Kasachischen Staat unter Druck setzen und die Menschen in Kasachstan in ihrem Kampf für soziale Gerechtigkeit unterstützen.

DAS 5. GPA-DJP BUNDESJUGENDFORUM BESCHLIEBT:

- ⇒ die unten stehende Protest-Note sobald wie möglich zu versenden.

Sehr geehrte VertreterInnen und Vertreter des Staates Kasachstan!

Wir, der Jugendkongress der Gewerkschaft der Privatangestellten-Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp, aus Österreich verurteilen aufs Schärfste die Drohungen seitens der kasachischen Behörden, Ainur Kurmanov, Esenbek Ukteshbayev und andere FührerInnen der Sozialistischen Bewegung Kasachstans zu inhaftieren. Diese Drohung ist ein offensichtlicher Versuch, die wachsende Opposition gegen das zunehmend diktatorische Regime Nasarbajews zu enthaupten.

Uns ist bekannt dass der Anwalt der Bewegung am 14.September einen Anruf von der Polizei bekam, die im erzählte dass die beiden Genannten und andere FührerInnen wegen „Willkür“ oder „Despotismus“ angeklagt werden – absurde Unterstellungen, die zu einer Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren führen können. Es ist wahrscheinlich, dass weitere „Verbrechen“ dazugefügt werden, wenn der Fall vor Gericht kommt und dass bis zu 25 weitere Personen wegen ähnlicher Vergehen angeklagt werden könnten.

Der Grund für diese Angriffe ist der enorme Widerstand, den die Kampagne „Verteidigt die Häuser der Menschen“, die Menschen gegen Wohnungspfändungen verteidigt hat. Jetzt wird weiterhin angenommen, dass das Regime diese Fälle nutzen wird, um wichtige AktivistInnen wegzusperrern und alle wirklich oppositionellen Organisationen aufzulösen. Wir verurteilen den Versuch, diese FührerInnen der Oppositionsbewegung ins Gefängnis zu bringen und unterstützen die Kampagne für demokratische Grundrechte in Kasachstan.

Der angedrohte Schlag gegen die Opposition folgt auf den erfolgreichen Besuch des Mitglieds des Europäischen Parlaments Paul Murphy (Sozialistische Partei, Irland) der sich in Kasachstan mit streikenden ÖlarbeiterInnen und AktivistInnen für Menschen- und demokratische Rechte getroffen hat.

Sowohl der Ständige Rat der OSZE als auch die Delegation der USA bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa waren gezwungen, gegen die Verhaftung der Anwältin der ÖlarbeiterInnen, Natalia Sokolova, die fortdauernde Inhaftierung des Menschenrechtsaktivisten Evgeniy Zhovtis und die Sperrung von Websites in Kasachstan zu protestieren.

Wir verurteilen alle versuche, die beiden Oppositionsführer Ainur Kurmanov und Esenbek Ukteshbayev an der reise nach Warschau im Oktober zu hindern, wo sie auf Einladung der OSZE am „Human Dimension Implementation Meeting“ teilnehmen werden. Die beiden Oppositionsführer möchten auf die Verstöße des kasachischen Regimes gegen die rechte von ArbeiterInnen und Gefangenen und die fortgesetzten Angriffe auf demokratische Rechte aufmerksam machen.

Wir fordern:

- ⇒ Die sofortige Einstellung aller Gerichtsverfahren gegen Ainur Kurmanov, Esenbek Ukteshbayev und die anderen AktivistInnen der Sozialistischen Bewegung Kasachstans
- ⇒ Keine repressiven Maßnahmen gegen die Kampagne „Verteidigt die Häuser der Menschen“
- ⇒ Keine Beschränkungen des Rechts von Kurmanov und Ukteshbayev zur Menschenrechtskonferenz der OSZE zu reisen
- ⇒ Die sofortige Registrierung der Republikanischen Arbeitergewerkschaft (Zhanartu)
- ⇒ Die sofortige Freilassung von Natalia Sokolova, der Anwältin der streikenden ÖlarbeiterInnen in Schanaösen und Aktau.

Bitte antworten Sie unverzüglich per E-Mail oder Post an die obenanstehende(n) Adresse(n).

Mit freundlichen Grüßen,

Der Jugendkongress der GPA-djp

WOZU GEWERKSCHAFT?

- Es gibt keine gesetzlichen
Lehrlingsentschädigungen!
- Es gibt keine gesetzlichen jährlichen
Gehaltserhöhungen!
- Es gibt keine gesetzlichen Vorrückungen!
- Es gibt keine gesetzlichen Einstiegsgehälter!

**ALL DAS REGELT DEIN
KOLLEKTIVVERTRAG!**

**WIR, DIE GPA-djp VERHANDELN
JÄHRLICH DEINEN KOLLEKTIVVERTRAG.**

In Branchen, die gewerkschaftlich gut organisiert sind
(also wo es viele Gewerkschaftsmitglieder gibt) können wir
auch höhere Kollektivvertragsabschlüsse erreichen.

Das bedeutet, dass du dann mehr Geld verdienst.
Es liegt also an dir, für ein höheres Einkommen zu kämpfen!

JETZT

GEWERKSCHAFTMITGLIED

WERDEN

www.jugend.gpa-djp.at